

Annahme-Bureau:
In Posen bei
Hrn. Krupski (C. G. Ulrich & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Ch. Spindler,
Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4;
in Grätz b. Hrn. L. Streifand;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig,
Hamburg, Wien und Basel:
Haasenstein & Vogler.

Posener Zeitung.

Dreißundsechzigster Jahrgang.

Annahme-Bureau:
In Berlin
Wien, München, St. Gallen:
Kudolph Hoff;
in Berlin:
A. Reimer, Schloßplatz,
in Breslau,
Kassel, Bern u. Stuttgart:
Bach & Co.;
in Breslau: A. Jenke;
in Frankfurt a. M.:
S. L. Danne & Co.

Nr. 79.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonnstage täglich erscheinende Blatt beträgt vier-
teljährlich für die Stadt Posen 14 Thlr., für ganz
Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Montag, 4. April

Inserate 14 Sgr. die fünfgespaltene Zeile oder
deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher,
find an die Expedition zu richten und werden für
die an demselben Tage erscheinende Nummer nur
bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1870.

Amtliches.

Berlin, 2. April. Se. M. der König haben Allergnädigt geruht:
Dem ordentlichen Professor Dr. Knoblauch, zeitigen Rektor der vereinigten
Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg, den Rothen Adler-Orden 3. Kl. mit
der Schleife zu verleihen; den Rittergutsbesitzer Major a. D. Zimmer auf
Hönigsdorf zum Landrathe des Kreises Grottkau, Reg.-Bez. Pommern, zu er-
nennen; und dem Kommissar Wienecke zu Hannover den Charakter als
Rechnungs-Rath zu verleihen.

Bei dem Bundes-Oberhandelsgericht in Leipzig ist: 1) der Geh. expe-
dirende Sekretär im Kgl. preussischen Justiz-Ministerium Berger zu Ber-
lin als Erster Sekretär und 2) der Kgl. sächsische Bezirks-Gerichts-Assessor
v. Tümppling zu Leipzig als Zweiter Sekretär angestellt worden.

Der Kreis-Baumeister Mottau zu Rastenburg ist in gleicher Eigen-
schaft nach Zerlöhn versetzt worden; der Kgl. Wasserbau-Inspektor Dieck-
hoff zu Anterneeze, Reg.-Bez. Gumbinnen, ist in gleicher Eigenschaft nach
Marienburg versetzt worden; der Kgl. Eisenbahnbau-Inspektor Dirksen zu
Berlin ist als technisches Mitglied bei der Kgl. Eisenbahn-Direktion zu
Eberfeld angestellt worden.

Dem Geh. Kanzlei-Sekretär Gobb in bei dem Ministerium der geist-
lichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ist das Prädikat „Geh.
Kanzlei-Inspektor“ beigelegt worden.

Der zum Pfarrer in Rantzh berufene, seitherige Superintendent der
Diözese Pommern, Krieger, ist zum Superintendenten der Diözese Neumark,
Reg.-Bez. Breslau, ernannt worden.

Ueber Wegeverbesserung.

Man schreibt uns aus der Provinz:
Ein Uebelstand, der in dieser Zeit des hereinthauenden
Frühlings wieder so recht auffällig an unser Auge und unser — Ge-
fühl herantritt, sind die schlechten Landwege in unserer Provinz.
Zwar ist die große Thätigkeit anerkennenswerth, welche sich seit
einigen Jahren in vielen Kreisen nach dieser Richtung hin ent-
faltet hat; aber nicht zu verkennen ist auch die Nothwendigkeit,
daß solche Thätigkeit sich noch sehr verallgemeinern und steigern
muß, wenn ein zweckentsprechendes Resultat erreicht werden soll.
Aus allen Theilen unserer Provinz ertönen Klagen über boden-
lose, unbespaltene, holperige und sogar gefährliche Wegestrecken,
und leider befinden sich die größten Löcher und Pfützen nicht
selten vor den Thoren der Gehöfte oder vor Gasthöfen und Krü-
gen, deren Inhaber doch ein ganz besonderes Interesse für ord-
nungsmäßige und reinliche Halteplätze vor ihren Häusern haben
sollten. Nun ist es wohl richtig, daß in schweren, wasserhaltenden
Bodenarten temporäre Ueberschwemmungen immer einmal
vorkommen können, aber bei richtiger Grabenziehung und Rei-
nigung, bei Anlegung der nöthigen Ueberbrückungen und
Durchlässe werden dieselben doch nur von kurzer Dauer sein.
Leider werden, wie wir hier bemerken wollen, Durchlässe oft sehr
ungeschickt angelegt. Wem, der oft r Landwege zu befahren hat,
ist es nicht schon begegnet, daß bei Dunkelheit die Pferde plöz-
lich über einen förmlichen Steinwall stolpern, der den Weg
quer durchschneidet, oder daß Räder und Geschir unter dem plöz-
lichen Anprall an demselben Walle krachen. Daran war dann
ein sogenannter Brückenstoß schuld, d. h. die granitene Bedeckung
einer schmalen Grabenbrücke, welche nicht selten 6 bis 12
Zoll über das Niveau des Weges hervorragte. — Am besten ist
es immer, wenn Durchlässe so tief angelegt werden können, daß
der Weg in ebener Richtung unmerklich über sie hinführt. Wo
ungünstige Terrainverhältnisse oder die Breite des überbrückten
Grabens dies unmöglich machen, muß man aber die Hebung
des Weges allmählig ansteigen lassen und dafür Sorge tra-
gen, daß von Zeit zu Zeit auf beiden Seiten des Brückenstoßes
die niedergefabrene oder weggespülte Erde neu aufgeschüttet
werde. Durchlässe, welche keinem bedeutenden Wasserdrange aus-
gesezt sind, werden vortheilhaft aus sogenannten Kunststein-
oder aus gebrannten Thonröhren von entsprechendem Durchmesser
hergestellt. Oft ist so ein Durchlaß früher angelegt, als der
Weg breit ist, engt denselben also plözlich ein und entbehrt oben-
drein wohl noch gar jedes Merkzeichens durch Prellsteine oder
Barrieren, so daß er bei nächtlicher Passage ernstliche Gefahr
für Pferde und Wagen verbirgt.

In bergabführenden, namentlich Hohlwegen findet man nach
starkem Regen oder nach Thauwetter auf Schneefall die Gleise
oftmals tief ausgepült oder gar große Löcher herausgerissen, und
wenn wir nicht exempla für odiosa hielten, so könnten wir derg-
leichen mehrere anführen, wo der Weg ohne jede Nachhilfe
durch den allerdings sehr erschwerten Gebrauch erst allmählig
wieder eben gefahren, oder von den später Fahrenden willkürlich
über seitliche Ackerstücke verlegt wurde. Dies Letztere ist über-
haupt ein Unfug, der häufig vorkommt, den aber die Besitzer
nicht selten sich selber zuschreiben haben. Wer aus Bequem-
lichkeit oder um geringer Kosten willen seine Wege in schlechtem
Zustand läßt, vergißt, daß sich dies durch stärkere Abnutzung
seiner Wagen und Geräthe mehr als ausgleicht, kann sich aber
nicht verwundern, wenn Andere nicht demselben Schandrian
huldigen, sondern den ebeneren und trockneren Weg über seinen
Acker vorziehen.

Ein recht großer Mangel an gar vielen Wegen sind die
fehlenden Bäume. Jeder Weg soll zwar bespant sein, er ist's
aber nicht immer. Ist's doch auch in diesem Winter wieder
vorgekommen, daß eine Gesellschaft von Damen und Herren
Abends bei Schneegestöber von einem nachbarlichen Besuche nach
Hause fahren wollte und nach anderthalbstündiger Kreisfahrt
richtig — auf dem Gehöft des Nachbarn wieder anlangte, von
dem sie ausgefahren war. Bei regelmäßiger Wegebespantung
würde so etwas doch nicht gut möglich sein, während es bei
lahlen Wegen ohne Gräben nur zu leicht vorkommen kann, daß

man Spur und Richtung verliert. — Ueber die Art der Bäume,
welche zur Bespantung dienen sollen, läßt sich allgemein Siltig-
ges kaum sagen; die Pappeln sind längst als nachtheilig verwor-
fen, trotzdem sie aus Bequemlichkeit noch mehr als häufig An-
wendung finden. Ruster und Akazie dürften in unserer Provinz
als Alleebäume am empfehlenswerthesten sein; kaum minder die
Eberesche, die nur nicht auf jedem Boden wächst. Wo es aber
irgend angeht, sollte man zur Bespantung der Wege auch in
unserer Provinz Obstbäume allen andern empfohlenen Baum-
arten vorziehen. Die Wege sind reiner Verlust an tragfähigem
Boden, und so unerlässlich und förderlich sie für die Ausbreitung
des Ackerbaues sind, so müssen sie darum nicht ohne jeden un-
mittelbaren Ertrag bleiben. Unter ihnen hin können sich die
Wurzeln unserer Obstbäume ziehen; über sie hin die laubigen
Wipfel unserer Aepfel- und Birnbäume Schatten werfen und
aus dem bisher nur zerfahrenen und getretenen Boden noch die
Kosten der Wege-Instandhaltung, wenn auch nur theilweise,
herausziehen. Bei Chaussees z. B. wäre der Ertrag der in
Strecken von ein Achtel oder ein Viertel Meilen zu verpachten-
den Obstalleen als ein Zuschuß zu den Unterhaltungskosten gewiß
nicht zu verachten. Welche Obstart zu wählen sei, hängt von
Klima, Boden- und Verwerthungsverhältnissen ab; saure Krü-
schen passen, ihrer herabhängenden Kronen und weit und flach
hinziehenden Wurzeln wegen, am wenigsten dazu.

Einer der Gründe für den Mangel an nutzbringenden Weg-
alleen ist der Mangel an den entsprechenden Baumschulen in
unserer Provinz. Das Resultat dieser Erkenntniß sollte, denkt
man, nothwendig die Anlegung von Baumzuchtungen sein; aber
selbst positive Aenderungen haben dazu fast nichts gewirkt. So
ist in vielen Kreissen bei Auslegung des Schullandes und des
Schulzienstlandes eine Bestimmung darüber getroffen, daß
ein Theil desselben zu einer Baumschule verwendet werden solle;
die Ausführung ist aber fast überall unterblieben. Die Anlage
und Pflege einer Baumschule fordert schon einen gewissen Grad
von Kenntnissen, Fleiß und Umsicht, wie man sie allerdings
von einem Lehrer voraussetzen dürfte, dann aber auch etwas
Kapital, und darum wird diese Aufgabe vornehmlich den größeren
Grundbesitzern zufallen. Ihnen sollte die Anlage von Baum-
schulen und dann die Pflanzung jedes Weges (sowie anderer
sonst unbenutzter Stellen) Ehrensache sein. Die Landeschullehrer
aber, die es auszuführen vermögen, könnten daraus eine gute
Erwerbsquelle machen, denn bekanntlich ist die Nachfrage nach
jungen Holz- und Obstbäumen in unserer Provinz immer be-
deutend stärker, als das Angebot; verpflanzbare Alleebäume aber
von außerhalb kommen zu lassen, ist meist mit so großen Kosten
verknüpft, daß es gewöhnlich unterbleibt.

Bei schmalen Landwegen genügt es (um dem anliegenden
Acker nicht Nahrung zu entziehen), nur eine Seite zu bespanten,
nur wähle man dann die Süd- oder Westseite, damit die Baum-
kronen weniger die Felder als die Wege beschatten und den
fallenden Regen nicht den anstößenden Fruchtäckern, sondern den
Wegen entziehen, welche nach Nord und Ost dahinterliegen.

Wir nannten vorhin schon Chaussees, als Wege, welche
auch noch an mancher Verbesserung theilnehmen könnten. Eine
der hauptsächlichsten und wünschenswerthesten ist jedenfalls die
Absehung der Chausseehäuser und Schlagbäume. Es ist
hierüber schon mehrfach geschrieben und gesprochen worden;
man hat die Aufbringung der Unterhaltungskosten durch Kom-
munalbeiträge öfter ein ungerechtes Prinzip genannt. Es dürfte
aber doch dann nur und in zweifelhafter Weise ungerecht er-
scheinen, wenn alle Kreisinsassen gleichmäßig zu dieser Steuer
herangezogen werden sollten. Wir sagen: in zweifelhafter Weise,
der Transportkosten, durch Belebung des Verkehrs der ganzen Be-
völkerung zu gut, und die einzuführende Steuer würde den Ein-
zelnen nicht gerade zu sehr belästigen. Mag man aber auch be-
sondere Prinzipien bei der Repartition solcher Steuern geltend
machen, das Urtheil darüber überlassen wir gern einer im Aus-
führungsfalle damit beauftragten Sachkommission.

Wenn wir nur erst bei der Ausführung wären! Glückliche
landwirthschaftliche Vereine beschäftigten sich schon vor Jahren
in unser r Provinz lebhaft mit dieser Frage; in allen wurde die
Absehung der Chausseezölle als dringend wünschenswerth
und für die Chausseeverwaltung selbst vortheilhaft anerkannt.
Die Unterhaltungskosten der Chaussees werden durch den Weg-
fall der Chausseehäuser, der Schlagbäume, Beamtengehälter u.
bedeutend verringert. Diese Ersparniß beträgt beispielsweise
für einen Kreis mit 10 Hebestellen (den Neubau der Häuser
ungerechnet) jährlich 3000 Thaler. Sicher ist, daß die Auf-
hebung in allen Fällen für das Publikum eine Wohlthat sein
und große Erleichterungen und Bequemlichkeiten mit sich führen
würde. Sicher ist indeß auch, daß der Vorgang eines einzel-
nen Kreises, ja eines Regierungsbezirks dazu nicht ausreicht,
sobald die andern nicht folgen und deshalb würden wir es als einen
Schritt zum Ziele begrüßen, wenn der nächste Provinzial-Landtag
sich einmal eingehend mit dieser Angelegenheit beschäftigen möchte.

Für alles hier Besprochene vermögen die landwirthschaft-
lichen Vereine am Zweckmäßigsten zu wirken. Sie haben einer-
seits großes Interesse an guten Verkehrswegen zu nehmen und
bilden andererseits durch die in ihnen vertretenen Zahl und Ver-
einigung wohlhabender, intelligenter Besitzer eine einflußreiche
Macht. Sie könnten und sollten die Anlegung von Baum-
schulen, die Bildung von Wegeverbesserungsvereinen (wie in Schle-

sien), die Anregung zu Petitionen um Abschaffung des Chaussee-
zölles in die Hand nehmen, so würde, meinen wir, manches
Hemmniß des Verkehrs, manches Stück alten Pöfles nach dieser
Richtung hin bald fallen.

Deutschland.

△ Berlin, 2. April. Die Ioben von der „Köln. Ztg.“
veröffentlichte Stelle des Prodrmiums zu dem Schema de fide
catholica, welches am 29. März vom Konzil angenommen wor-
den ist, muß mit ihrer Darstellung des Protestantismus, die
beiläufig außerdem völlig ungeschichtlich ist, als eine sehr starke
und rücksichtslose Verletzung der interkonfessionellen Höflichkeit
bezeichnet werden. Redensarten wie „gottloser Frevelmuth“,
„ruchlose Pest“, „gottlose Lehre, welche die Geister in den Ab-
grund des Pantheismus, Materialismus und Atheismus stürzt,
welche jeglichen Maßstab des Rechts in der Gerechtigkeit umkehrt,
welche die Grundlage der menschlichen Gesellschaft erschüttert und
zerstört“, sind gewiß sehr übel gewählt und müssen geradezu
empören, wenn man bedenkt, daß der damit geschmähte Prote-
stantismus das Glaubensbekenntniß der in der Zivilisation am
weitesten vorgeschrittenen europäischen Völkerstämme und der Mehr-
zahl der europäischen Fürsten, darunter der königlichen Familien von
Preußen und England ist. — Nach dem Entwurf der Zivil-
Prozeßordnung für den Nordd. Bund sind auf Sonntage
und allgemeine Feiertage Termine nur in Nothfällen, auf die in
die Gerichtsferien fallenden Tage nur in den nachstehend bezeichneten
Sachen zu bestimmen: in Wechselsachen, in Wechsachen, in Bau-
sachen, wenn über die Fortsetzung eines bereits angefangenen
Bauwes gestritten wird; in Miethsachen, welche die sofortige oder
in naher Zeit zu bewirkende Ueberlassung oder Räumung eines
vermieteten Lokals betreffen; in Arrestsachen und in den eine
einstweilige Anordnung betreffenden Sachen; in denjenigen Sa-
chen, welche wegen Nothwendigkeit einer schleunigen Erledigung
von dem Vorsitzenden während der Ferien oder durch Beschluß
des Gerichts vor dem Beginn der Ferien für Feriensachen er-
klärt sind. Die Beschlußfassung kann in berathender Sitzung
erfolgen. Auf das Zwangsvollstreckungsverfahren und die dabei
entstehenden Streitigkeiten sind die Gerichtsferien ohne Einfluß.
Der Entwurf gestattet auch die Nichtigkeitsbeschwerde, entspre-
chend dem bisherigen Verfahren. Sie ist nur gegen Endurtheile
zulässig, welche von der Berufungsinstanz erlassen sind. Sie
kann nur darauf gestützt werden, daß die Entscheidung auf der
Verletzung der Gesetze beruhe. Das Gesetz ist verlegt, wenn eine
Rechtsnorm nicht oder nicht richtig angewendet worden ist.

○ Berlin, 3. April. „Des Nordbunds ganzer Sammer
pakt mich an,“ sagte gestern nach der Verhandlung über den
Jurisdiktionsvertrag mit Hessen ein dem Nordbund
wenig hold gefonnener Abgeordneter. In der That zeigte die
Verhandlung die grenzenlose Verwirrung der staatsrechtlichen
Stellung Hessens in so bengalischer Beleuchtung, daß selbst dem
heftigen Legationsrath Hoffmann die Augen schmerzten. Als
einer Staatseinheit zugehörig müssen die heftigen Gerichte die
Befugniß resp. Verpflichtung zur Gewährung der Rechtshilfe
unter einander, namentlich zu Auslieferungen haben und in
Folge dessen enthält denn der Jurisdiktions-Vertrag auch die
Bestimmung, daß das bestehende Recht in dieser Beziehung
durch denselben nicht verändert werde. Wie aber nun, wenn
ein oberheftiges Gericht in die Lage kommt einen Angehörigen
des Norddeutschen Bundes, welcher nicht Hesse ist, nach Süd-
hessen ausliefern zu sollen? Leistet es dieser Verpflichtung
Folge, so tritt es der Staatseinheit des Norddeutschen Bundes
zu nahe. Der Norddeutsche Bund — als Staat — darf na-
türlich so wenig als irgend ein anderer Staat seine Angehörigen
ausliefern. Die Staatseinheit Hessens, soviel davon noch vorhan-
den, tritt also hier mit der Staatseinheit des Norddeutschen Bundes
in einen unlösbaren Konflikt und es bleibt nichts übrig als
die erstere einfach zu streichen und die Bestimmung aufzustellen,
daß wenn es sich um einen nicht heftigen Angehörigen des
Norddeutschen Bundes handelt, ein heftiges Gericht nicht an
ein anderes ausliefern darf, sobald beide der Main trennt; hier-
über waren in der Hauptsache gestern Alle einig, selbst der
heftige Bundesbevollmächtigte, soweit er in seiner höchst inkom-
petenten Stellung als Vertreter Nordhessens in einer Ange-
legenheit Südhessens eine Meinung zu äußern in der Lage war.
Der Aeußerung desselben Diplomaten daß die Zeit nicht mehr
ferne sein dürfte, wo auch die heftige Regierung sich von der Unmög-
lichkeit diese Verhältnisse aufrecht zu erhalten überzeugt haben würde,
ward man wohl nicht allzu viel Gewicht beizulegen haben. Hr. Hoff-
mann liebt es auf diese Art und Weise sich im Reichstage gelegentlich
zu äußern, es klingt das sehr verheißungsvoll, bindet Nieman-
den und beschäftigt für den Augenblick die Aufmerksamkeit. Darin
ward man ihm ja natürlich Recht geben, daß in der Unhalt-
barkeit der Zwitterstellung Hessens die beste Gewähr liegt,
daß der Fortschritt zu einem normalen Verhältniß hier nicht
mehr lange aufzuhalten sein wird. Nur bezweifeln wir, daß der
Fortschritt durch und nicht vielmehr über Hrn. v. Dalwigk
fort vollzogen werden wird. Die Verhandlung des Reichstages
drehte sich übrigens weniger um die staatsrechtliche Frage, als
um die formale Schwierigkeit, wie der Vertrag in dem angebeu-
teten Sinn zu amendiren sei. Da die einfache Beseitigung des
§ 45 nach Ansicht Delbrücks die Abschließung eines neuen Ver-
trags nothwendig gemacht hätte, so half sich der Reichstag durch
eine Deklaration zu demselben, freilich ein kümmerlicher Nothbehelf,

beim die Deklaration besagt jetzt genau das Entgegengesetzte von dem, was der Paragraph besagt, den sie angeblich erläutern soll. — Heute fand aus Anlaß des kürzlich erwähnten 25-jährigen Jubiläums der Kraus'schen Buchdruckerei ein Festmahl statt, an welchem über 200 Personen Theil nahmen und welches durch die zahlreiche Anwesenheit von Vertretern der Presse sich zu einer wahrhaften Erinnerungsfeier des Aufschwungs, den die hiesige Zeitungspreß seit dem Jahre 48 genommen, gestaltete. Die warme Theilnahme des zahlreichen Personals der Kraus'schen Dfizin an dem Jubiläum ließ in wohlthuemendem Gegensatz zu den vielfachen Reibereien auf dem Gebiet der Beziehungen von Arbeitgeber und Arbeiter den innigen Zusammenhalt erkennen, der in diesem ausgedehnten geschäftlichen Betrieb beide Faktoren zu ihrer gegenseitigen Ehre verbunden hält. — In Künstlerkreisen und in den mit Kunstbestrebungen verbundenen Zirkeln der Hauptstadt bildet augenblicklich die Aufführung von Wagner's „Meisterjüngern“ das Ereigniß des Tages. Man spricht davon — und das bildet eigentlich das Hauptinteresse aller Betheiligten — daß möglicherweise Wagner's Berufung als Generalmusikdirektor (seit Meyerbeer's Tod unbesezt) in Aussicht stehen dürfte.

Berlin, 3. April. [Die Aversionalsumme an das auswärtige Amt des Bundes. Strafgesetzbuch. Der Zoll-Bundesrath. Soirée. Das Festungsstrayon-Gesetz. Zur Todesstrafe.] Die Aversionalsumme von 30,000 Thlr., welche Preußen an das auswärtige Amt des Bundes zu zahlen hat, und welche am Freitag im Reichstage Veranlassung zu so lebhaften Debatten wurde, ist auch im Bundesrath, wie wir nachträglich hören, Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen. Es wurde mehrfach befürwortet, das Provisorium der Bewilligung so greifbar wie möglich auszudrücken, und wie im vorigen Jahre die Sache alternativ zu stellen, so nämlich, daß entweder die Aversionalsumme gezahlt würde, oder jene preuß. Beamten, welche im preuß. Interesse für das auswärtige Amt des Bundes thätig sind, auszuscheiden und dann auch von Preußen bezahlen zu lassen. Diese Ansichten verschafften sich indessen keine Geltung; zu erwähnen ist übrigens, daß der Umfang derjenigen Geschäfte, bei welchen preussische Interessen wahrzunehmen sind, keineswegs so gering ist, als man annehmen möchte. Es beziehen sich diese Geschäfte besonders auf den Abschluß von Eisenbahnverträgen, von Grenzregulirungen u. selbst innerhalb des Bundesgebietes zwischen dessen verschiedenen Staaten, wozu von den letzteren vielfach Kommissare nach Berlin gesandt wurden, die doch von Bundeswegen bezahlt werden mußten, um hier mit den preussischen Kommissaren zu verhandeln. Jedenfalls ist die Summe von 30,000 Thlr. nicht einmal zu hoch gegriffen, und es wird sich also nur um einen schlichten modus vivendi sowohl mit dem Landtag als mit dem Reichstag handeln. — In den Fraktionen des Reichstages bildet das Strafgesetzbuch jetzt fast den ausschließlichen Gegenstand der Berathung, welche dahin gerichtet ist, die möglichste Vereinfachung der Plenarverhandlungen herbeizuführen; gleichwohl wird die Einbringung zahlreicher Amendements schwerlich erlassen bleiben. Für das Einführungsgezet zum Strafgesetzbuche beabsichtigt der Abgeordnete Kraß eine Bestimmung zu beantragen, durch welche die Annoncierung von Geheimmitteln in den Zeitungen straflos erklärt werden soll, während sie bis jetzt als strafbar verboten galt. Man wird sich erinnern, daß der Verleger der „Köln. Bzg.“ eine diese Angelegenheit betreffende Petition an das Abgeordnetenhaus gerichtet hatte, welche jedoch nicht mehr zur Erledigung kam. — Morgen Mittag tritt der Zollbundesrath zusammen. Den wesentlichsten Theil der ersten Sitzung werden wohl die vorbereitenden Geschäfte in Anspruch nehmen. Man ist gespannt darauf, ob sofort die Vorlage des Zolltarifs eingebracht wird. Es sei dabei bemerkt, daß man hier wissen will, hinsichtlich der Eisenzölle sei keine Veränderung gegen das vorige Jahr proponirt. — Die gestrige vorläufige letzte parlamentarische Soirée des Grafen Bismarck war wie ihre wenigen Vorgänger nicht eben zahlreich besucht. Unter den Anwesenden gab es über die Zubovorkommenheit des Wirthes, die opulente Aufnahme und die ungezwungene Bewegung in der Gesellschaft nur eine Stimme der Anerkennung. — Ueber das vor einigen Wochen in den Bundesrath eingebrachte Bundes-Festungs-Rayongesetz ist es ganz still geworden. Man hört auch nichts über die Stellung, welche der Ausschuß zu dem Entwurfe etwa eingenommen hat. Daß der letztere noch in dieser Session an den Reichstag gelangen sollte, scheint nicht gut annehmbar, zumal da der Bundesrath sich nach der Vertagung doch wohl lebhaft mit den Beschlüssen des Reichstages über die Todesstrafe zu beschäftigen haben wird. In Bezug auf diese darf es wohl bemerkt werden, daß die Nachricht von einer handschriftlichen Befürwortung ihrer Abschaffung von Seiten des Königs Johann von Sachsen bei dem Könige von Preußen ein offizielles Dementi noch nicht erfahren hat, also wohl mehr Begründung haben muß, als früher eähnliche Nachrichten.

— Die „Nordd. A. Z.“ schreibt offiziös: Das Ausscheiden des General-Postdirektors v. Philipsborn aus dem Staatsdienste und dessen Annahme der Stelle eines ersten Dirigenten bei der neubegründeten preussischen Central-Boden-Kredit-Gesellschaft ist von der Presse vielfach besprochen worden und hat manchen Blättern zu recht seltsamen Vermuthungen Anlaß gegeben. Wir sehen von der Widerlegung dieser Erfindungen ab, die sich für Sachkenner von selbst als solche charakterisiren, und bemerken zu der Angelegenheit nur, daß die Regierung alle Ursache hat, es mit Freude und Genugthuung anzusehen, wenn eine so bewährte Kraft, wie der genannte hohe Beamte, an die Spitze eines Unternehmens tritt, welches unter einflußvoller Leitung sich zu solcher Bedeutung für das Land entwickeln kann und hoffentlich entwickeln wird, wie der neue Credit concier In der Stellung, die Hr. v. Philipsborn bisher innehatte, wird derselbe sich, wie man im Hinblick auf unsere höheren Beamten auf dem Gebiete des Postwesens hoffen darf, erzeigen lassen, während wir in der That nicht leicht einen gleich thätigen und gleich großes Vertrauen erweckenden Präsidenten für die Gesellschaft zu bezeichnen wüßten, deren Angelegenheiten derselbe fortan zu leiten berufen sein wird. — Wir haben vorgestern mitgetheilt, daß der Abgeordnete Dunder durch Schreiben des Bundeskanzleramtes aufgefordert worden sein soll, die Data anzugeben, welche ihn zu seiner neulichen, im Reichstage gethanen Aeußerung in Betreff des durch Furcht vor körperlicher Züchtung hervorgerufenen Selbstmordes eines Matrosen der Kriegsmarine veranlaßt hatten, da die Sache untersucht werden solle, und von einem solchen Vorfall bei der Marinebehörde nichts bekannt sei. Der

hier angebeutete Vorfall wurde vom Abgeordneten Dunder in Reichstags-Sitzung vom 28. März zur Sprache gebracht. Seine Mittheilungen lauteten nach dem stenographischen Berichte:

Es soll sich der Fall ereignet haben, daß auf der Reise, welche die „Virena“ machte, und welche um das Kap Horn herum führte, bei der in jener Gegend herrschenden Kälte es allerdings mehrfach vorgekommen sei, daß sich die Mannschaften des Nachts, wie es heißt, von der Bache gedrückt haben, und auf dieses „Drücken“ soll der Kommandant Kuhn eigenmächtig, wie ich berichtet bin, die Strafe des Prügels gestellt haben. Es kam dann vor, daß ein Matrose, mit Namen Pische, dessen Führung bis zu jener Zeit durchaus gut gewesen sein soll, sich ebenfalls dieses Vergehens schuldig machte, daß er, um zunächst der Strafe zu entgehen, vorerst sich krank meldete. Nachher, als er aus dem Lazareth entlassen wurde, sollte zu der Exekution geschritten werden, aber schon in dem Momente, wo Pische das Lazareth verließ, äußerte er zu einem Kameraden, ehe er seinem alten Vater die Schande mache, öffentlich durchgepeitert zu werden, würde er sich das Leben nehmen, (hört) und in dem Momente, als man wirklich zur Exekution schreiten und den Pische fest binden wollte, sprang er eine Leiter hinauf und von dieser Leiter stürzte er sich in die See. Trog der außerordentlich hochgehenden Wellen wurde ein Kutter unter Kommando des Lieutenants zur See, v. Reiche, zu Wasser gebracht, die Leute arbeiteten beinahe zwei Stunden unter großer Anstrengung gegen die See, sie kamen endlich in die Nähe des Unglücklichen, doch nur, um es mit anzusehen, wie er sich untertauchen ließ. (Sensation.) — Der von der Braunschweigischen Regierung unter Zustimmung der dortigen Stände-Versammlung abgeschlossene Vertrag wegen des Verkaufs der Braunschweigischen Staatsbahnen ist nunmehr beim hiesigen Ministerium zur Zustimmung eingegangen.

— Von unserem Staatsministerium ist, nach der „B. B. Z.“ beschlossen worden, das gesamte Thierarzneiwesen, welches gegenwärtig von dem Kultusministerium ressortirt, in der Folge von diesem loszutrennen und dem landwirthschaftlichen Ministerium zu überweisen. Da alle Vota sich übereinstimmend zu Gunsten dieses verändernden Resorverhältnisses aussprechen, so dürfte voraussichtlich schon in allernächster Zeit diese Aenderung zur Ausführung gelangen und jedenfalls bereits bei dem nächsten preussischen Landtage auch in den bei den einzelnen Ministerien zu bewilligenden Geldpositionen zum äußeren Ausdruck gebracht werden.

— Die österr. Reichsregierungen sind ermächtigt, in Fällen zweifelsohner Nothwendigkeit und Saats-Verlethne, so weit deren Sicherheit inwischen nicht beeinträchtigt worden, bis nach beendeter diesjähriger Ernte und nur ausnahmsweise bis zum Frühjahr 1871 zu stunden. Deshalb sollen diejenigen, welche zu den jetzt ablaufenden Fristen die Darlehne nicht zurückzahlen können, aufgefordert werden, ihre Stundungsgesuche einzureichen. Wer bis zu dieser Frist sein Darlehen nicht zurückzahlt und keine Stundung erhält, wird gerichtl. verurtheilt.

— Für das Seebataillon in Kiel ist eine abermalige Vermehrung um eine vollständige Kompanie angeordnet, welche als künftige Besatzung für Wilhelmshaven und für die in Dienst gestellten Schiffe bestimmt ist.

— Bekanntlich versuchte vor längerer Zeit die Polizei und Kronanwaltschaft in Hannover ein dem Professor Ewald gegebenes Bankett zu einer politischen, der vorherigen politischen Genehmigung bedürftigen Versammlung zu stampeln. Das Schöffengericht erließ ein freisprechendes Urtheil gegen die angeklagten Theilnehmer, gegen welches die Kronanwaltschaft Berufung einlegte. Die Anklagekammer des Obergerichts zu Hannover hat nun auch diese Berufung abgewiesen.

Kiel, 2. April. Laut eingegangener telegraphischer Nachricht vom 1. d. ist Sr. Maj. Yacht „Grille“ an demselben Tage in Herrol angekommen.

Darmstadt, 1. April. Ein Offizier, der sich hier vor einiger Zeit eine schwere Mißhandlung eines ihm untergebenen Soldaten zu Schulden kommen ließ, ist, wie das „Fr. Z.“ hört, zu einer zweimonatlichen Festungsstrafe verurtheilt, und soll das militärgerichtliche Urtheil bereits die Bestätigung des Großherzogs erhalten haben.

Karlsruhe, 2. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer legte der Minister des Aeußern den am 31. März zwischen Baden und Hessen für die nicht zum Norddeutschen Bunde gehörigen Landestheile Hessens abgeschlossenen Jurisdiktionsvertrag zur Genehmigung vor. — Die erste Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung das Gemeindegesetz in der Fassung der zweiten Kammer mit 15 gegen 5 Stimmen angenommen; ebenso wurde das Stiftungsgesetz mit der neuen Uebergangsbestimmung mit 13 gegen 7 Stimmen, und das Militärstrafgesetzbuch einstimmig angenommen, sowie die Genehmigung zu dem Eisenbahnbau Appenweier-Dypenau ertheilt. — Der Schluß des Landtages findet wahrscheinlich am nächsten Donnerstag statt.

Oesterreich.

Wien, 1. April. Das große Ereigniß des Tages ist die in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erfolgte Austrittserklärung von 42 Abgeordneten. Den Reigen haben die Polen eröffnet. Vorgestern Abend war der Klub der polnischen Abgeordneten bis in die Nacht hinein verammelt, um über den Austritt aus dem Abgeordnetenhaus zu berathen; der bekannte Parteiführer Dr. Smolka, der sich nicht in den Reichsrath hat wählen lassen, war von Lemberg herübergekommen, um seinen Einfluß in die Wagschale zu werfen. Die 31 anwesenden polnischen Abgeordneten beschlossen einstimmig die Niederlegung ihrer Reichsrathsmandate, 6 andere waren nur durch ihre zufällige Abwesenheit von Wien gehindert, sich der vereinbarten „Erklärung“ anzuschließen. Gestern, kurz vor dem Beginn der Sitzung begab sich der Abg. v. Grocholski in das Bureau des Vizepräsidenten v. Hopfen und überreichte ihm die Erklärung der poln. Abgeordneten; Abg. Loman stellte ihm die Erklärung der übrigen 12 Abgeordneten zu, von den ausscheidenden Mitgliedern war keines mehr im Saale erschienen. Die meisten der polnischen Abgeordneten saßen mit den beiden Fürsten Czartoryski und Dr. Smolka in den Logen. Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen verlas Vizepräsident v. Hopfen die nachfolgende Erklärung der 30 polnischen Abgeordneten.

Die Verhandlungen des h. Abgeordnetenhauses gelegentlich der Adressdebatte und das kurz zuvor veröffentlichte Memorandum jener Mitglieder der Regierung, die am Staateruber verblieben, mußten den Gesertigten die Ueberzeugung beibringen, daß die Majorität der Reichsvertretung und die Regierung von ängstlicher Besorgniß für politische Interessen eines Volkstammes geleitet, unter dem Namen des Festhaltens an der Verfassung und der Verfassungstreue die Verweigerung der von einzelnen Ländern angestrebten Erweiterung der Autonomie förmlich zum Regierungssystem erhoben haben. Auch solche Erweiterungen, die in einzelnen Fällen ausnahms- oder bedingungsweise für zulässig erkannt wurden, wollte man nur als ein vom Reiche zugestandenes Opfer gewährt wissen. Daß dieses System anstatt zum Frieden und zur Verständigung, nur zu immer heftigeren Kämpfen zwischen den Nationalitäten und der Monarchie führe und zuletzt entweder den Despotismus oder die Zerschlagung des Reiches herbeiführen müsse, war für die Betheiligten einleuchtend. Es mußte daher an die Gesertigten die Frage herangetragen, ob es ihnen gelte, angesichts dieses neu inaugurirten Regierungssystemes an den ferneren Arbeiten dieses hohen Hauses Theil zu nehmen. Die Rücksicht jedoch, daß das Gezet über die Heeresergänzung noch nicht beschlossen und der Staatsvoranschlag noch nicht votirt war und daß sonach ihr Austritt unter solchen Umständen auf den regelmäßigen Gang der Verwaltung in diesen zwei Lebensfragen für den Staat möglicher Weise störend einwirken könnte, bewog die Unterzeichneten, auf ihren Plätzen auszuharren. Während dieser Zeit blieben alle Bemühungen der Unterfertigten, um ein Abgehen von der eingeschlagenen verkehrten Richtung herbeizuführen, fruchtlos. Die Ergebnisse der Ausschüßberatungen über die vom galizischen Land-

tage in der legalsten Form gestellten Wünsche lieferten, nur noch einen neuen Beweis, daß bei diesem Regierungssystem die Befriedigung der Völker Oesterreichs in ihrem Begehren nach Erweiterung der Autonomie nicht anzuhoffen ist. Im Gegentheil ist nur zu oft das Bestreben hervorgetreten, selbst die Königreichen und Länder verfassungsmäßig gewährleistete Autonomie einzuschränken, welches Bestreben in den jüngst eingebrachten Vorlagen über die Nothwahlen seinen prägnantesten Ausdruck gefunden hat. Gegenwärtig sind jene Rücksichten, die uns Unterzeichnete zurückgehalten haben, entfallen. Wir folgen somit unserer Ueberzeugung und legen, um dem galizischen Landtage die vollkommenste Freiheit der Aktion für die Zukunft zu wahren, am heutigen Tage unsere Mandate zu Händen des galizischen Landmarschalls nieder. Indem wir das hohe Präsidium eruchen, diese unsere Erklärung zur Kenntniß des hohen Abgeordnetenhauses zu bringen, verbleiben wir mit ausgleichener Hochachtung: Wien, 31. März. Grocholski, P. Groß, Apopowicz, Bawowicz, Bawowowski, Bodnar, Czajkowski, Cienski, Czajkowski, Czertawski, Anton Dittrich, Dzionowski, Fibawer, Horodyski, Jablonowski, Jazobik, Kozimian, Kozinski, Seleszinski, Sultowski, Sawczynski, Tarnowski, Tomus, Torosiewicz, Weigel, Wilt, Wodjicki, Zyblikiewicz, Potocki, Krainofski.

Wie dem „Waterland“ aus Gran telegraphirt wird, versucht eine Zirkular-Rundgebung des ungarischen Ministeriums an die ungarischen Bischöfe, den Standpunkt des Ministeriums angeht die Haltung der ungarischen Bischöfe im Konzil zu präzisiren und stellt eventuell Mißregierungen in Aussicht, welche sich auf die Konfiskation der Kirchengüter beziehen.

Frankreich.

Paris, 31. März. Im gestrigen Ministerrathe bildete die römische Frage den Hauptgegenstand der Debatten. Die Nachrichten, welche man hier aus Rom erhalten hat, stößen Besorgnisse ein. Der römische Hof will nämlich die Diskussion über die „Unfehlbarkeit“ beschleunigen. Die Antwort des Kardinals Antonelli auf die Darische Note bildet einen vollständigen Otkav-Band. Der erste Theil desselben beschäftigt sich mit dem Beweise, daß der Papst das Recht hat, den Repräsentanten der Fürsten den Zutritt zum Konzile zu verweigern, während dagegen der zweite Theil zu verstehen giebt, daß der Papst nicht abgeneigt sei, über diesen Punkt in Unterhandlungen zu treten. Bekanntlich will er seine Zustimmung zum Empfange eines französischen Vertreters geben, falls die französische Regierung den Kardinal de Bounchepole, einen der Führer der französischen Ultramontanen, mit dieser Stelle betraut. — Zwischen Jerome David, der gestern dem gesetzgebenden Körper präsidirte, und Jules Favre wäre es beinahe zu einem Duell gekommen. Die Sache wurde jedoch beigelegt. Man strich nämlich aus dem offiziellen Kammerberichte die Stellen heraus, worin Jules Favre ein Schulmeister genannt worden war.

Paris, 3. April. (Tel.) Der Konstit. bespricht die umlaufenden Gerüchte, daß das Ministerium den Beschluß gefaßt habe, den Senatuskonsult der Genehmigung durch ein Plebiszit zu unterwerfen, und daß hierüber Uneinigheit zwischen den Mitgliedern des Kabinetts entstanden sei. Der „Konstit.“ bezeichnet diese Gerüchte für irrig, das Ministerium habe über die erwähnte Frage bisher noch keinen Beschluß gefaßt.

Spanien.

Madrid. Unter den vielen Gesetzeswürfen, welche den Kortes zur Erledigung vorliegen, ist einer der wichtigsten die in Aussicht genommene sogenannte Reform des Klerus, wodurch die große Zahl der Erzbiöthümer und Biöthümer erheblich vermindert werden soll. Von den 43 jetzt bestehenden Biöthümern sollen nur 29 aufrecht erhalten werden. Die hohe Geistlichkeit wird durch diese Einschränkung wohl mehr erbittert werden, als durch irgend eine andere Maßregel, mit welcher die Regierung in das Gebiet der Kirche eingegriffen hat. Uebrigens hat schon eine ganze Reihe von Geistlichen erklärt, den Schwur auf die Verfassung nicht leisten zu wollen, so besonders in der Diözese Osma, deren Bischof neulich wegen Widerstandes gegen gesetzmäßige Anordnungen der Obrigkeit verhaftet und nach Madrid abgeführt worden ist. — Dem „Imparcial“ zufolge wird der Herzog von Montpensier während der ganzen Dauer seines Prozesses in Folge seines Duells mit Heinrich von Bourbon in Madrid bleiben. Es bestätigt sich nicht, daß er gezwungener Weise seinen Wohnort ändern wird, wie man es gelagt hatte. Es heißt, der Herzog von Montpensier habe versprochen, die Vorgänge bei dem Duell mit allen ihren Einzelheiten zur öffentlichen Kenntniß bringen zu wollen.

Madrid, 3. April. (Tel.) In der gestrigen Kortesitzung erschien der zum Tode verurtheilte republikanische Abg. Cuner y Capdevila, was die größte Sensation unter den Kortesmitgliedern hervorrief. Auf Andringen seiner Freunde verließ er später den Sitzungssaal. Man glaubt, daß er im Falle seines Wiedererscheinens verhaftet werden wird. — Der Abg. Bugallal beantragte, den Minister des Handels und Unterrichts wegen seiner Absicht, den religiösen Unterricht in den Schulen zu unterdrücken, zu tabeln. Dieser Antrag wurde mit 78 gegen 75 St. angenommen. Man glaubt, daß der Minister für Handel und Unterricht, sowie der Minister der Kolonien ihre Demission geben werden.

Italien.

Florenz. Verschiedene Blätter drucken ein Schreiben Mazzinis vom 5. März an die demokratische Union in Ravenna ab. Es heißt darin:

„Möchten sie (die Städte der Romagna) einsehen, daß wenn von uns mit Zutrauen und energischem Willen an irgend einem wichtigen Orte ein Anfang gemacht wird, es für jede Stadt die erste Pflicht ist, nachzufolgen, ohne Zaudern, ohne weitläufige Vorbereitungen zu späterem Uebernehmen, ohne überflüssige strategische Berechnungen, die gut für den Krieg, sich schlecht für den Aufstand schicken. Die Aktion gebiert Aktionen und verleiht eine Gelegenheit, die uns zu schaffen zureicht.“

Die Echtheit dieses Schreibens muß dahingestellt bleiben; es liegt im Interesse der Reaktion, durch die Veröffentlichung solcher Schriftstücke die öffentliche Meinung zu beunruhigen und sie für die Ergreifung von Repressivmaßregeln geneigt zu machen. Das „Giornale di Modena“ vom 26. berichtet, daß dort gedruckte Zettel mit dem Titel: „Primo bollettino della rivoluzione italiana“, angeschlagen waren, worin zum Aufstande für die italientische Republik aufgerufen wurde. Das Publikum hat denselben aber wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Florenz, 2. April. (Tel.) „Economista“ dementirt die Nachricht, daß die ägyptische Justizreform durch den Großvezier genehmigt sei. Nubar Pascha sei vielmehr im Bezirff, Konstantinopel zu verbleiben, ohne den Zweck seiner Mission erreicht zu haben. Das Blatt versichert, daß demnächst die Beilegung der

zwischen Italien und Marokko noch schwebenden Differenzen erfolgen wird. Durch Vermittlung Spaniens wurden bereits die Bedingungen des demnächstigen Arrangements festgestellt.

Amerika.

— Auf Cuba hat der General Rodas von Puerto Principe aus eine Proklamation erlassen, derzufolge die Operationen gegen die Aufständischen fernherhin mit erneuter Stärke geführt werden sollen. Inzwischen wird Allen, welche sofort die Waffen strecken, mit Ausnahme der Hauptführer des Aufstandes, eine vollständige Amnestie zugesichert.

Washington, 1. April. (Tel.) Der oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten beschloß, seine im Monat Febr. d. J. gefällte Entscheidung, nach welcher alle vor 1862 abgeschlossenen Kontrakte in haarer Münze gezahlt werden müssen, einer nochmaligen Verathung zu unterziehen. — Die Staatsschuld betrug am 31. März 2650 1/2 Mill. Dollars. Die Abnahme derselben im März 5 3/4 Mill. Der Bestand des Staatsschatzes betrug 105 Mill. baar und 7 1/2 Mill. Dollars in Papier.

Norddeutscher Reichstag.

32. Plenarsitzung. (Schluß.)

Bei den eigenen Einnahmen der Marineverwaltung (15,998 Thlr.) kommt Bachler auf die neuliche Ausrückung des Vice-Admiral Jachmann zurück, daß die Prügelstrafe für Marine-Soldaten noch existire, und die für den Soldaten zu sprechen. Die Prügelstrafe sei strafrechtlich seit April 1848 für die Armee abgeschafft, auch in den die Disziplin betreffenden Allerh. Ordres sei keine Bestimmung zu finden, welche die körperliche Züchtigung zulasse. Bundeskommissar Jachmann erklärt, daß über den von Dunder neulich erwähnten Vorgang auf der „Vineta“ dem Oberkommando keine Anzeige zugegangen ist. Wenn er neulich die Frage, ob die Prügelstrafe in der Marine noch bestehe, in bedingter Weise verneint habe, so habe er jetzt seine Antwort in bestimmter Weise dahin zu fassen, daß sie nur für Soldaten der Marine und Seeleute der Strafkasse zur Anwendung kommen dürfe. Bachler kann, da die Marine zusammen mit der Armee das Totale unserer Wehrkraft darstellt und das Militärstraf- sowie das Disziplinarstrafgesetz keinen Anhalt für die Berechtigung der Prügelstrafe auch der Strafkasse der Marine gegenüber darbietet, diesen Widerspruch nicht lösen.

Graf Bismarck: Ich konstatire, daß im Bundesheere die Strafe der körperlichen Züchtigung unter keinen Umständen mehr stattfindet, auch nicht für die Soldaten der zweiten Klasse. Die Marine hat von jeher ihre eigene Gesetzgebung gehabt. Sie hat sich zunächst angeschlossen an die der Reichsmarine aus der frankfurter Zeit. Die dort sanktionirten Bestimmungen wurden durch königl. Verordnung von 1852 auf die preussische Marine übernommen. Hiernach konnte allerdings nur ein Seesoldat der zweiten Klasse körperlich geächtigt werden. Es war aber das Mittel gegeben, diese Schwierigkeit zu umgehen, indem der Mann erst in Folge des ersten Urtheils in die zweite Klasse versetzt und eben die körperliche Züchtigung vollzogen wurde. Diese Umgehung ist durch eine disziplinarische Verordnung von 1868 außer Kraft gesetzt. Es findet heutzutage allerdings in Nothfällen, die für die ganze Mannschaft lebensgefährlich werden können, um die durchaus notwendige Disziplin aufrecht zu erzwingen, für solche Leute, die sich zur Zeit der Begehung ihrer That bereits in der zweiten Klasse befinden, also bereits durch ein Vergehen der Ehre zur ersten Klasse des Soldatenstandes zugehören, verurtheilt sind, die körperliche Züchtigung noch statt. Ob diese Anomalie, die im Widerspruch mit unsern Sitten und Wünschen steht, aus dem Dienste der Marine sich entfernen läßt, darüber steht eine Entscheidung abzugeben, ist der Bundesrat nicht in der Lage und ich persönlich nicht berechtigt; daß aber die Frage, wie sie es ja bei allen Nationen, in England und Frankreich, häufig und seit lange gewesen ist, fortgesetzt Gegenstand der Erwägung auch unserer obersten Kriegesgewalt gewesen ist, und daß diese Erwägung dahin geht, auch in Bezug auf bereits bestrafte Verbrecher, so lange sie im Dienst sind, die körperliche Züchtigung ganz aus unserm Kobey zu beseitigen, konstatire ich hiermit als Ziel unseres Strebens.

Abg. Bachler beharrt dabei, daß nirgendwo in der Gesetzgebung die Prügelstrafe nachgewiesen sei, will sich aber bei der Erklärung des Bundeskanzlers beruhigen, daß der bestehende Anomalie ein Ende gemacht werden soll. Abg. v. Hoberbed: Dunder und Bachler verdienen den Dank des Reichstages, eine Sache zur Sprache gebracht zu haben, die als ein Flecken auf der Marine haften, dessen Vorhandensein vom Bundeskanzler selbst anerkannt sei.

Graf Bismarck: Ich konstatire hiermit, daß ich den Ausdruck „Flecken“, der auf unser Marine liege, nicht gebraucht habe und entschieden zurückweise. Derselbe Flecken würde auf der Marine aller zivilisirten Staaten ruhen: denn wenn wir dahin gelangen, eine mit unsrer Sittlichkeit, Gewohnheit und Entwicklung unvereinbare Einrichtung zu beseitigen, so sind wir, soviel ich weiß, die ersten Befreier einer größeren Marine, die in dieser Weise vorgehen. Daß die verbandelten Regierungen dazu bereit sind, habe ich vorhin schon konstatirt. Ich möchte aber doch bitten, solche Erklärungen, die lediglich im Interesse der gegenseitigen Verständigung und der öffentlichen Aufklärung von mir gegeben werden, nicht zu benutzen, um mit so harten, ich kann fast sagen — beleidigenden Worten über eine makellose Institution zu sprechen, auf die das ganze deutsche Vaterland stolz ist. (Beifall)

Abg. Löwe: Die allgemeine Wehrpflicht ohne Stellvertretung verpflichtet Preußen und den Bund stärker als jede andere Nation, die Prügelstrafe absolut zu beseitigen und unter allen Umständen mit dem Beispiel der Beseitigung den übrigen voranzugehen. Dunder konstatirt, daß was er neulich über das Bestehen der Prügelstrafe in der Marine und über den belagerten Vorgang auf der „Vineta“ gesagt, durch die Erklärung des Bundeskanzlers nicht alterirt sei. Um die Prügelstrafe anzuwenden zu können, habe man einen Seemann in die zweite Klasse versetzt und kein Aufschluß werde gegeben, was gegen diesen Mißbrauch geschehe und in welcher Weise derselbe rektifizirt sei. Der Schadensfall dieser Thatsache haften an der Marine.

Graf Bismarck: Ich glaube dem Herrn Vortredner willig alle Thatsachen, die er hier vorträgt, aber den Beweis für die Nichtigkeit seiner Erzählung ist er schuldig geblieben. Die Thatsache, die vor 1868 stattgefunden haben muß, wird vom Oberkommando untersucht und wenn ein Vorgesetzter seine Disziplinargewalt überschritten hat, so wird gegen ihn vorgegangen werden. Ein Matrose, der sich bei schwerem Wetter weigerte, den Wachdienst bei Nacht zu verrichten, wovon das Schicksal von Schiff und Mannschaft abhängen konnte, soll zur Prügelstrafe verurtheilt und da durch zum Selbstmorde getrieben sein. Das mag traurig und belagenswerth sein, aber der Fall ist ja auch in bürgerlichen Verhältnissen nicht selten, daß ein Beamter, um einer Untersuchung seiner Amtsführung zu entgehen, zum Selbstmord schreitet.

Abg. v. Hoberbed ist überzeugt, daß der Ausdruck „Flecken“ in der Marine nach seinem wahren Sinn und nicht als ein harter und beleidigender verstanden werden wird; die Beleidigung für die Marine liege nur da, wo die Prügelstrafe aufrecht erhalten wird.

Die Verathung wendet sich nunmehr dem Militär-Etat zu, zu dem der Reichstag bekanntlich bis Ende 1871 nur Monita zu machen berechtigt ist. Demgemäß beschränkt sich Löwe Namens der Fortschrittspartei auf die offene Erklärung, daß das Interesse des Bundes und der Einzelstaaten eine Verminderung der Armee und eine Verkürzung der Präsenzzeit dringend verlangt. Die im Jahre 1866 gegebene Zusage, daß Preußen entlastet werden solle, ist nicht nur nicht erfüllt, sondern die Belastung Preußens hat noch zugenommen, da ihm die ausbleibenden Arbeitskräfte aus den kleinen Staaten, die seit 1866 stärker als zuvor zum Tragen der Militärlast herangezogen werden, nicht mehr zu Statuten kommen. Die allgemeine Wehrpflicht, richtig durchgeführt, schützt das Vaterland vor Genüge. Ein besonderer Antrag wird nicht angebracht, weil ein Theil der politischen Freunde, welche in der Sache bestimmen, aber durch die Weilligung bis Ende 1871 sich für das Budget noch gebunden fühlen, — eine Auffassung, die Löwe nicht theilt — gegen einen solchen Antrag wider ihren Willen stimmen würden. Das Resultat der Abstimmung würde ein trügerisches sein, daß über die wahre Meinung des Hauses irre führen würde.

Auch Ewald äußert sich über die Militärfrage und zwar in so eingehender Weise, daß das Haus sehr unruhig wird. Präsident Simon erinnert ihn daran, daß man sich in der Verathung des Militäretats befinden, zu dem das Haus nur Monita vorzubringen habe; Ewald dagegen beschä-

tigt sich mit dem Urgrunde des Bundes, ohne ihn bisher entdeckt und mitgetheilt zu haben. Ewald versichert bei der Sache zu sein, remontrirt und zieht es dann vor, auf die Fortsetzung seines Vortrages zu verzichten. Nachdem der sächsische Bevollmächtigte von Brandenstein auf eine Anregung des Abgeordneten Prosch erklärt hat, daß die sächsische Militärverwaltung für ihre Kasernenbauten keine förmliche Garantie von Seiten des Bundes erhalten habe, sondern ihre Forderungen später dem Reichstage vorlegen werde, wird der Militäretat für erledigt erklärt.

Von den Matrikularbeiträgen kommen bei den Staaten Sachsen, Hessen, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig im Ganzen 5440 Thlr. in Abzug, welche diesen Staaten als Nachlässe für die Ausgaben eigener Bundesgehilfschaften zugestanden sind. Abg. v. Hoberbed beantragt diese 5450 Thlr. zu streichen. Das halten eigener Gehilfschaften Seitens der einzelnen Bundesstaaten sei, wenn nicht schädlich, doch mindestens überflüssig. Allerdings sei das Recht dazu den Einzelregierungen verfassungsmäßig gewährleistet, jedenfalls aber habe der Bund keine Verantwortung dafür, daß von diesem Rechte Gebrauch gemacht werde, noch Opfer zu bringen. Abg. Dohnitz giebt die Entscheidung über den Antrag dem Votum des Hauses anheim, konstatirt jedoch, daß in Sachsen das Abgeordnetenhaus seine Zustimmung zur Delegation eigener Gehilfschaften nur gegeben habe, so lange Preußen neben den Bundesgehilfschaften noch speziell preussische Vertreter habe. (Hört!)

Der Antrag des Abg. v. Hoberbed wird hierauf mit großer Majorität abgelehnt. Der Rest des Etats wird ohne Debatte erledigt.

Es folgt die zweite Verathung über den Gesetzentwurf betreffend die Ehe-schließung und die Beurkundung des Personenstandes evangelischer Bundesangehöriger in außereuropäischen Ländern. § 1 desselben lautet in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung: „Der Bundeskanzler kann einem diplomatischen Vertreter des Bundes für das ganze Gebiet des Staates, bei dessen Hofe oder Regierung derselbe auch beglaubigt ist, und einem Bundeskonsul für dessen Amtsbezirk die allgemeine Ermächtigung erteilen, bürgerlich gültige Ehe-schließungen von Bundesangehörigen vorzunehmen und die Geburten, Heirathen und Sterbefälle von Bundesangehörigen zu beurkunden.“

Abg. v. Sybel will den § 1 dahin amendiren, daß nicht allein den vom Bundeskanzler dazu ermächtigten, sondern allen diplomatischen Vertretern des Bundes das Recht resp. die Pflicht zuerkannt werde, Ehe-schließungen vorzunehmen und Geburten, Heirathen und Sterbefälle zu beurkunden. Nach kurzer Debatte wird jedoch Sybels Antrag abgelehnt und die Kommissionsvorlage mit großer Majorität angenommen. — Ebenso werden nach kurzer Debatte alle zu den übrigen Paragrafen gestellten Abänderungsanträge abgelehnt und das ganze Gesetz in der Fassung der Kommission angenommen.

In der Verathung über die Konsular-Konvention mit Spanien, die den Bundeskonsuln die bezugreiche Stellung der Vertreter Frankreichs und Italiens einräumt, tadelt Schleiden, daß in derselben kein einziger von den bei der Verathung der Konvention mit Italien geäußerten Wünschen berücksichtigt worden sei. Bundeskommissar Krüger erwidert, daß unmöglich jeder von einem einzelnen Mitglied ausgeführte Wunsch für die Bundesregierungen als maßgebend anerkannt werden könne. Der Vertrag wird genehmigt. Um 4 Uhr verläßt sich das Haus bis Sonnabend. (Wahlprüfungen, Marine-Anleihegesetz, Strafgesetzbuch.)

33. Plenarsitzung.

Berlin, 2. April. Eröffnung um 11 Uhr. Am Tische des Bundesrats Delbrück, Bionhardt, Camphausen u. A. Auf der Tagesordnung steht die Prüfung einer Wahl des Grafen Djalyanski (1. Polener Wahlkreis). Die Vortheilung beantragt wegen formaler Verhältnisse bei Eintragung der Wähler in die Listen und die Führung der Protokolle während des Wahlganges die Ungültigkeitserklärung, Kantat, unterstützt von v. Hoberbed, die Gültigkeitserklärung der Wahl, weil das Resultat derselben durch die vorgelassenen Unregelmäßigkeiten nicht alterirt werde. Das Haus tritt jedoch dem Antrage der Abtheilung bei.

Es folgt darauf die zweite Verathung über den Gesetzentwurf, der das Marine-Anleihegesetz vom 9 Nov. 1867 abändern und mit der in Preußen adoptirten Konsolidation in Uebereinstimmung bringen soll. Die Vorlage hatte bekanntlich einen Modus der Tilgung in der Weise offen gehalten, daß die durch den Bundeshaushaltetat dazu bestimmten Mittel zum Ankauf einer entsprechenden Anzahl von Schuldverschreibungen verwendet werden. Bei der ersten Verathung wurde von allen Seiten empfohlen, das Prinzip der obligatorischen Tilgung nicht schlechthin aufzugeben, sondern daß, wie und wäre es auch nur für einen bescheidenen Betrag, in das Schuldwesen des Bundes einzuführen, doch wollen einige Fürsprecher derselben den Organen des Bundes gleichzeitig die Freiheit lassen, im einzelnen Fall von ihm abzuweichen und eventuell die Tilgung für ein Jahr ganz oder theilweise auszusparen. Diese verschiedenen Wünsche treten heute in Form bestimmter Anträge auf: v. Benda und v. Patow beantragen für die Anleihe von 17 Millionen Tilgung mit mindestens 1/2 Prozent, von 1873 ab, soweit hierüber nicht im Laizgesetz anderweit verfügt wird, (oder sonst im Wege der Gesetzgebung, wie Prosch hinzufügt); v. Saenger will mindestens 1/2, höchstens 1/2, v. St. tilgen; v. Patow bringt außerdem einen Gesetzentwurf, der sich nicht bloß auf die in Rede stehende Marine-Anleihe, sondern auf alle zukünftigen Anleihen bezieht und sich daher als Gesetz betreffend die Tilgung der Schulden des Norddeutschen Bundes antündigt: alljährlich soll durch den Etat ein Betrag, der dem dritten Theile der zur Verzinsung dieser Schulden erforderlichen Summe gleichkommt, zum Ankauf von Schuldverschreibungen zahlbar gemacht werden (§ 1), jedoch kann (§ 2) durch übereinstimmende Beschlüsse des Bundesrats und des Reichstags, so oft das Bedürfnis dazu vorhanden ist und ohne daß den Inhabern der Schuldverschreibungen ein Widerspruchrecht dagegen zusteht, für ein einzelnes Jahr die Schuldentilgung ausgesetzt oder zu derselben ein geringerer Betrag als der dritte Theil der zur Verzinsung erforderlichen Summe verwendet werden. — Dagegen liegt ein besonderer Antrag auf Festhalten an der obligatorischen Tilgung ohne die Lizenz der Abweichung von diesem Prinzip nicht vor und braucht insofern auch nicht eingebracht werden, als die Fortschrittspartei, welche dieser Auffassung folgt, an dem alten Marine-Anleihegesetz einfach festhält.

Abg. v. Patow: Wir sind alle einverstanden darüber, daß das Bundes-schuldenwesen einheitlich geregelt werden soll und daß es unzumuthig ist, den Gläubigern ein Recht auf Tilgung einzuräumen, daß aber das Prinzip der Tilgung ausgesprochen werden soll. Die Vorlage setzt die Tilgung als Ausnahme, die Nicht-Tilgung als Regel, wir wollen die Tilgung als Regel und die Nicht-Tilgung als Ausnahme. Mein Amendement speziell unterscheidet sich darin von den übrigen, daß es den Grundsatz feststellt, eine Feststellung, die dann bei jedem anderen Gesetze mutatis mutandis zu wiederholen wäre, sondern daß es ihn auf alle zukünftigen Bundes-schulden-gesetze ausdehnen, diese Materie für alle Zeiten regeln will.

Bundeskommissar Camphausen: Es herrscht wohl Einverständnis darüber, daß unsere Aufgabe darin besteht, bei der Aufnahme von Bundes-schulden bestimmte Verpflichtungen gegen die Gläubiger nicht ferner einzusetzen und das bestehende Gesetz in diesem Punkte zu modifiziren; daß es wünschenswerth ist, eine einheitliche Schuld zu haben, das System der Verloosung aufzugeben und das des Antaufes anzunehmen. Damit wären die Grundgedanken der Vorlage allgemein gut befunden. Die Differenzen bestehen darin, ob es wohlgethan ist, bestimmte Verpflichtungen für die künftige gesetzgebende Gewalt anzunehmen oder nicht. Da bin ich nun der Ansicht, daß es rascham sein wird, gerade im Interesse des Zweckes, den wir Alle verfolgen, um keinen Zweifel in das Verhältnis kommen zu lassen, das künftig zwischen dem Bunde und seinen Gläubigern bestehen wird, sämtliche Amendements ohne Ausnahme zu verwerfen. Denn anstatt damit ein einfaches, klares, bestimmtes, festes System anzunehmen, begeben Sie sich vielmehr damit in eine etwas zweifelhafte Stellung. Die Entgegenseitigkeit, daß die Vorlage die Nicht-Tilgung als Regel, die Amendements aber als Ausnahme hinstellen, trifft nicht zu. Einmal ist es mit der Regel, die durch die Annahme irgend eines Amendements beschaffen würde, eine sehr üble Sache. Jede spätere Versammlung kann diese Regel wieder aufheben, und ich würde es gar nicht für unwahrscheinlich halten, daß die Regel vor dem ersten Fall, in welchem sie Anwendung finden soll, wieder aus der Welt geschafft wird. Wenn der Bund nach einigen Jahren beschließt, neue Anleihen zu machen, können Sie dann auf der einen Seite von Tilgung sprechen, während Sie mit der andern Hand neue Schulden machen? Den Gegensatz zwischen dem Amendement und dem Entwurf würde ich so definiren: der Entwurf will das System der freien Bewegung für die gesetzgebende Gewalt, die Amendements wollen ein System der Bevor-

mundung Seitens des gegenwärtigen Reichstags für die künftigen Versammlungen. Im Gesetzentwurf steht kein Wort davon, daß die Nicht-Tilgung die Regel sein soll. Wir haben uns vor Allem davor zu hüten, ein unklares Verhältnis zu den Staatsgläubigern zu schaffen, und Sie mögen Ihre Amendements formuliren, wie Sie wollen, Sie werden es nicht verhehlen, daß damit der Schein einer Verpflichtung auf unserer, eines Rechtes auf ihrer Seite hervorgerufen wird. Wir können ruhig vertrauen, daß, wenn die Verhältnisse des Bundes von 1873 ab es gestatten, zu einer mehr oder weniger starken Tilgung zu schreiten, das auch geschehen wird. (Beifall rechts.) (Schluß folgt.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 4. April.

— **Zum Besten des Militär-Frauen-Vereins** wird am Donnerstag den 7. April Hr. Major v. Verlen vom Generalstabe des hiesigen Armeekorps im Sternchen Saale einen Vortrag über seine Reisen in Süd-Amerika und seinen Aufenthalt im Lager des Diktator Lopez halten. Der Vortrag, welcher in fesselnder Darstellung ein anschauliches Bild von den dortigen Zuständen, hauptsächlich mit Rücksicht auf den blutigen Krieg Paraguays gegen Brasilien, Uruguay und Argentinien, entrollt, hat in Berlin nach Berichten dortiger Blätter allseitigen Beifall und lebhaftes Theilnahme gefunden, es wohnen ihm auch die Königin, der Kronprinz und Prinz Albrecht bei, weshalb er auch wohl hier, zumal mit Rücksicht auf den wohlthätigen Zweck ein zahlreiches Zuhörerpublikum finden wird.

— **Auf der landwirthschaftlichen Ausstellung** zu Kosen, welche im Mai d. J. stattfinden wird, werden, wie wir bereits mitgetheilt haben, von Hrn. v. Schlapowski, welcher das Territorium zur Ausstellung hergegeben hat, 4 Arbeiterwohnungen errichtet, zu denen die polytechnische Gesellschaft den Plan entworfen hat. Die 4 Wohnungen heben sich in der Art an einander, daß sie von einem gemeinsamen Dache bedeckt werden, und enthalten im Erdgeschoße ein Wohnzimmer mit Küche und Schlafkammer, Hausflur mit Viehhof, in dem Dachgeschoße ein zweites Zimmer nebst Heuboden, und überdes einen kleinen Keller. Am Sonntage sind die Herren Reg.-Baurath Bernekind, Prof. Dr. Szafarkiewicz u., welche die Leitung der Angelegenheit in die Hand genommen haben, nach Kosen gereist, um den Bau, welcher bereits über die Erde emporzustiegen beginnt, zu inspiziren.

— **Neue Landschaft.** Im Schluppassus des Berichtes über die Sitzungen des engeren Ausschusses der neuen Landschaft soll es statt bis 1/2 der Taxsumme des Gutes bis 1/3 der Taxsumme heißen.

— **Schulprüfung.** Die am 3. h. in der Dr. Löwenbergschen höheren Töchter-Schule vor einem zahlreichen Publikum abgehaltene, öffentliche Prüfung legte Zeugniß von dem angestrebten Fleiß der Lehrenden und Lernenden ab. Die Leistungen waren in sämtlichen examinarischen Disziplinen, sowie in der Kalligraphie, im Zeichnen und in den Handarbeiten dem Rufe der Anstalt entsprechend. Herr Bürgermeister Kohlets und der Stadtverordnete Herr Kommerzienrath Samuel Jaffe, welche der Prüfung der beiden oberen Klassen beizuwohnen, sprachen der Schule ihre volle Anerkennung aus.

— **Die Probendienstzeit als Telegraphist** ist für die anstellungsberechtigten Militärpersonen vom Feldwebel abwärts durch Allerh. Ordre vom 7. d. Mts. auf ein Jahr festgesetzt.

— **Ein Erkenntniß des Obertribunals** vom 23. Februar 1870 lautet: 1) Ein schriftlicher Auswanderungsvertrag ist in Preußen abgeschlossen und unterlegt den hier geltenden Gesetzen. Das verpflchtende Schriftstück in Preußen ausgehändig ist. 2) Das Gesetz vom 7. Mai 1853, betreffend die Vermittlung von Auswanderungsverträgen, ist durch die Bundesgesetzgebung im Wesentlichen nicht geändert. Der Norddeutsche, welcher nicht Preuze ist, bedarf zu jenem Geschäft in Preußen der Konzeption der preussischen Regierung, die ihm nur erteilt werden kann, wenn er in Preußen einen Wohnort hat.

— **Ein Erkenntniß des Gerichtshofes** zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte vom 12. Februar 1870 entscheidet: Entschädigungsansprüche können gegen einen Polizeibeamten nur dann im Rechtswege geltend gemacht werden, wenn die von ihm getroffene polizeiliche Anordnung von seiner vorgesetzten Dienstbehörde als gesetzwidrig oder unzulässig aufgehoben worden ist.

— **Einer am 2. d. M. ergangenen Verfügung** des Handels- und des Finanzministers zufolge darf ein Gewerbe im Umherziehen innerhalb des „Grenzbezirks“ nur dann betrieben werden, wenn die Erlaubniß dazu in dem Legitimationschein, beziehentlich dem selbstständigen Gewerbescheine von der zur Ausstellung dieser Scheine berufenen Behörde „ausdrücklich“ ausgesprochen ist. Da die erteilte Erlaubniß jedoch die Berechtigung zum Hausverkauf nur für den Grenzbezirk der betreffenden Provinzial-Steuerdirektion gewährt, so haben Gewerbetreibende, welche auch im Grenzbezirk einer anderen Provinzial-Steuerdirektion im Umherziehen zu verkehren beabsichtigen, die hierzu erforderliche Erlaubniß, unter Vorlegung des Legitimations- resp. des selbstständigen Gewerbescheines bei der betreffenden Behörde (Regierung u. s. w.) nachzusuchen, von welcher die Erlaubniß auf dem Scheine besonders zu vermerken ist. Nach § 55 der Gewerbeordnung ist zum An- oder Verkauf „roher“ Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Obstbaues ein Legitimationschein nicht erforderlich. Einer Verfügung vorgenannter Minister gemäß sind die Erzeugnisse der Viehzucht, also Butter, Käse, Eier, Geflügel u. dergl., ebenso alle Arten lebendes Vieh zu rohen Produkten der Landwirtschaft im Sinne jenes § 55, nicht zu rechnen.

— **„Birnbäum“, 1. April.** [Jahrmarkt.] Der gestern hier abgehaltene Jahrmarkt war ziemlich stark besucht; jedoch klagten die Verkäufer über schlechte Geschäfte. Der Viechmarkt wurde zum erstenmale in der Stadt abgehalten und es zeigte sich, daß die dazu angewiesene Fläche mehr als ausreichend seien, obgleich sehr viel Vieh, namentlich Schweine, zum Verkauf aufgetrieben war.

— **Kreis Bromb., 1. April.** [Poppen. Abschiedessen.] Gesundheitsverbesserungen! Seit ca. 14 Tagen haben sich bei uns die Vorräthe von 1869er Poppen bedeutend gelichtet, einige Poppenhändler aus Baiern machten hier ziemlich bedeutende Einkäufe, bezahlten den Str. je nach Qualität bis 40 Thlr. Nach 1868er Waare, von der auch noch erhebliche Vorräthe lagern, ist indeß bis jetzt noch immer nicht die geringste Nachfrage. — Gekern wurden im Konditor Seidlerschen Saale zu Bollstein dem Kreisgerichts-Director Hrn. Havenstein ein Abschiedessen gegeben, das sehr zahlreich besucht war. Hr. Kreisamtsalt Högg hielt die Abschiedsrede. — Den vielfachen Bemühungen des Hrn. Pol.-Dir.-Komm. Biesmeyer zu Radwiz ist es gelungen behufs besserer Dotirung der evang. Schullehrer-Stelle zu Podgawiz bei Radwiz von der k. Regierung zu Posen aus Staatsfonds 350 Thlr. und von der betreffenden Gemeinde 10 Thlr. zum Ankauf von Schulland zu erlangen.

— **Fraustadt, 1. April.** [Abiturienten. Quasthoffs Theater.] Unter Vorsitz des Hrn. Scheimen Regierungs- und Schulrats Dr. Wehring fand am 29. h. die Abiturientenprüfung in der hiesigen Realschule statt. Von 3 Abiturienten haben 2 bestanden. — Im Reichchen Saale fand gestern Abend die erste Vorstellung der Quasthoffschen Gesellschaft statt, welche gewandte Produktionen in Gymnastik, Turnen, Ballet, Komik, lebende Bilder und Pantomimen bietet.

— **Er. Gräg, 1. April.** [Kirchensteuerprozeß.] Der Rittergutsbesitzer Hr. Beyme zu Gräg hat gegen die Eingepfarrten der evang. Kirche hieselbst, vertreten durch das Kirchenkollegium, auf Befreiung von Lasten und Abgaben für die evang. Kirche und Pfarre geklagt. Die Veranlassung zur Klage hat der Neubau eines Kantorhauses gegeben, wozu die Kosten nach einem gewissen im Verwaltungswege festgesetzten Maßstabe reparirt sind, was die Heranziehung des Klägers zu einem nicht unbedeutenden Betrage zur Folge gehabt hat. Der Kläger, welcher früher die von ihm zu den Parochiallasten geforderten Beiträge regelmäßig entrichtet hat, erachtet sich dazu jetzt nicht für verpflichtet, weil die hiesige evang. Kirche ganz der Union angehöre, er aber nach seinen Geburtsverhältnissen, so wie nach der durch Tausch und Konfirmation gegebenen Richtung als ein der lutherischen Konfession Angehöriger angesehen werden müsse. Als solcher glaubt er einer anderen Religionspartei anzugehören, als der der Parochialkirche, und deswegen zu Parochiallasten nicht herangezogen werden zu können. Der Kläger bittet daher, als zur untern evang. Kirche zu Gräg für nicht eingepfarrt und demzufolge für nicht verpflichtet erachtet zu werden, Lasten und Abgaben zu dieser Kirche, insbesondere Beiträge zu dem Bau des aufgeführten neuen Kantorhauses zu tragen, die Beklagten vielmehr zu verurtheilen, die von ihm bereits gezahlten 520 Thlr. nebst Zinsen zurückzugeben, auch die etwa noch einzufordernde dritte Rate zu erstatten. Noch vor Beantwortung

der Klage hat die Regierung zu Posen den Kompetenz-Konflikt erhoben und der königliche Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte für Recht erkannt, daß der Rechtsweg in dieser Sache für unzulässig und der erhobene Kompetenz-Konflikt daher für begründet zu erachten sei. Die Gründe des Kompetenz-Konflikts bestehen darin, daß der Beitritt oder Nichtbeitritt zur Union auf die Parochialverhältnisse keinen Einfluß habe und nicht in der Weise in Bezug genommen werden könne, als ob dadurch der eine oder der andere Theil nach § 261, Titel 11, Theil II des Allg. Landr. als zu einer andern Religionspartei gehörig angesehen werden dürfe. Da jedoch nach § 10 der General-Konzeßion der von der Landeskirche sich getrennt haltenden Lutheraner vom 23. Juli 1845 (Gesetz. § 516) diejenigen, welche sich unter den Schutz der General-Konzeßion gestellt haben, von der Beitragspflicht zu den Parochiallasten freispricht, so ist dem Kläger eingeräumt worden, daß die ganze Lage der Sache eine veränderte Gestalt annehmen würde, sobald er sich als zu den durch die Konzeßion betroffenen Amlutheranern gehörig hinstelle und ausweise, was jedoch nicht der Fall ist. Hr. Beyme hat die Klage gegen den angenommenen und von der königl. Regierung zu Posen genehmigten Repartitionsmodus, nach welchem er sich mit zu hohen Beiträgen belastet glaubt, erhoben und man ist über den Ausfall des Prozesses allgemein sehr gespannt.

Z. Tirschtiegel, 31. März. [Eisenbahnprojekt Bentschen-Kreuz, Wegebaubezirk.] Das Eisenbahnprojekt Bentschen-Kreuz hat im Verlauf der letzten Monate wesentliche Stadien durchlaufen. Die Konzeßion zur Vornahme zu den Vorarbeiten ist von dem Hrn. Minister Graf v. Igenplitz unterm 13. d. Monats, bereitwilligst dem Komitee erteilt worden. Die hierzu erforderlichen Mittel sind von dem Komitee zum größten Theile durch Privatzeichnungen aufgebracht worden. In der am 29. d. Mts. zu Birnbaum abgehaltenen Sitzung hat der königliche Baumeister Hr. Schulz aus Suben die Ausführung der Vorarbeiten übernommen. — In Folge des neuen Wegebaureglements vom 4. Juni v. J. ist der Westlicher Kreis in 10 Wegebaubezirke eingetheilt worden. Jedem Bezirke steht ein Wegebaufunktionarius vor. Hr. Rittergutsbesitzer Fischer hieselbst ist zum Wegebaufunktionarius des 1. Tirschtiegler Wegebaubezirks und Graf Schwarzenau zu Groß-Dammer zum Kommissarius des 2. Tirschtiegler Wegebaubezirks ernannt worden. Den übrigen 8 Wegebaubezirken stehen meistens ebenfalls die in demselben wohnenden Gutsbesitzer oder auch deren Wirtschaftsbekannteten vor.

r. Wolfstein, 31. März. [Vorschussverein. Bestätigung. Begräbnis.] Gestern fand eine Generalversammlung des hiesigen Vorschussvereins statt. Nach dem Rechenschaftsbericht pro 1. Quartal c. betrug die Einnahme während dieses Zeitraums rund 12,886 Thaler. Die Ausgabe betrug rund 12,877 Thlr., so daß ein Bestand von 9 Thlrn. verblieb. — Der von der Stadtverordnetenversammlung zu Bentschen zum Bürgermeister gewählte Justizkassator beim hiesigen T. Kreisgerichte, Hr. Lange, hat die Bestätigung der T. Regierung zu Posen erhalten und wird am 1. Juli c. sein neues Amt antreten. — Heute wurde der am 28. d. M. verstorbene 81 Jahr alte emeritirte Propst, Hr. Kranz, unter sehr zahlreicher Theilnehmung Seitens der katholischen Bewohner hiesiger Stadt, so wie seiner Amtsbrüder aus dem Gräber Dekanate, auf dem hiesigen Gottesacker zu Grabe bestattet. Seit ca. 5 Jahren lebte Hr. K. hier als Emeritus.

a. Wronke, 1. April. [Barthe. Prüfung. Versezungen.] In der Nacht von Dienstag zu Mittwoch ist ein starker Eisgang auf der Barthe erfolgt, jetzt ist der Fluß ganz eisfrei und für Schiffe leicht passierbar. — Gestern fand hier unter Vorsitz des Hrn. Superintendenten Schöllner die Osterprüfung in der lateinischen Schule statt. Die Lehrer dieser Anstalt verlassen übrigens mit dem 1. April ihre bisherige Stellung und ist bereits für die Schule ein Philologe als Dirigent gewonnen, der eben am Gymnasium in Stargard i. P. sein Probejahr absolviert. — Als Nachfolger unseres bisherigen Landraths, des Hrn. v. Massenbach, welcher bekanntlich vom 1. April ab in gleicher Eigenschaft nach Posen übersiedelt, wird Hr. v. Knoblauch, Gutsbesitzer in Nipprenken genannt, der aber schon früher als Landrath des Kreises Czarnikau amirte.

Theater.

„Das Publikum scheint es hier seit lange verlernt zu haben, von einem soliden Schauspieler Notiz zu nehmen,“ .. an diese Worte, welche im Jahre 1835 Karl Seydelmann von Berlin aus schrieb, erinnerte uns die Haltung, welche das posener Publikum zu dem ersten Gastspiel der Frau Ella v. Buljovszky einnahm. Der begründete Ruf der Künstlerin hatte nicht vermocht, die allgemeine Theater-Apathie zu durchbrechen. Es ist manches Jahr darüber hingegangen, seitdem wie ein leuchtendes Meteor Frau v. Buljovszky am deutschen Theaterhimmel hinzog. Damals war sie eine halb exotische Erscheinung; das magyrische Naturell der Künstlerin war noch nicht ganz bewältigt von der deutschen Geistesarbeit, der es sich in Diebst gegeben; in dem stolzen getragenen Pathos und der flammenden Deklamation, die sich mit Vorliebe Schillerscher Gestalten, der Jeanne d'Arc, bemächtigte, lag ein seltener Reiz, Kritik und Publikum gaben sich ihm willig gefangen. Seitdem gehört der Name Buljovszky zu den gefeierten in der deutschen Theaterwelt und fordert kritische Maßstäbe heraus, an denen sich das Höchste der Kunstleistung messen läßt.

Eben darum bedauern wir, daß Frau v. Buljovszky zuerst mit Mosenthal's „Deborah“ herausgetreten ist. Das Stück verdient keinerlei Beachtung; es ist ein längst bedeutungslos gewordenes Tendenzstück, dessen Tiraden auf den Tag berechnet waren und mit dem Tage effectlos geworden sind; abgedroschene Trivialitäten, die im Kaufgold pompöser Phrasen einherstolzieren, erregen die Charakteristik, die überdies noch durch einen Gallertüberguß von Sentimentalität breiartig verwischt ist. Die Hauptfigur „Deborah“ läßt eine zwiefache Auffassung zu; entweder sie ist ein Judentöchterlein des alltäglichen Lebens, in welchem die Vorurtheile der Welt und die Hindernisse der Liebe sich zu einem wilden leidenschaftlichen Christenhasse erstaren, oder sie ist ein ins Allgemeine erhobener Typus, der personifizierte Protest gegen den Fanatismus andersgläubiger Verfolger, ein weltgeschichtliches Niobegeßicht mit rückwärts gewandtem Auge. In der ersteren Auffassung wäre sie eine Novellenfigur, in der die individuellen Züge, psychologisch durchgearbeitet sein müßten; die zweite Auffassung, die uns Frau v. Buljovszky mit großem Takt gewählt zu haben dünkt, ist dramatisch, aber nur halb wirksam, weil ihr die Lebenswahrheit fehlt. Die Künstlerin gab die „Deborah“ als eine über gewöhnliche Menschengröße emporgehobene Mädchengestalt, die den weiblichen Charakter verliert, sobald sie von ihrer Sendung spricht; ihre Schuld ist die Liebe, deren süße Schauer sie von den Sagen der Väter sie wegzulocken im Stande waren, ein ähnliches Problem, wie in Schillers „Jungfrau“, der aber eine unendlich tiefere sittliche Konsequenz inne wohnt, der Tod. Mosenthal's „Deborah“ streift nur von fern das Nachtgebiet der Tragödie und bringt sich dadurch selbst um jede Wirkung. Wir wollen der Künstlerin nicht verhehlen, daß uns zuweilen ihre Auffassung kalt ließ, daß ihr mitunter der packende Nerv menschlicher Leidenschaft gebrach und daß stellenweise die übermenschliche Ruhe und Selbstversenkung mit der sie ihre Rolle ausstattete, uns jede gemüthliche Theilnehmung unmöglich machte. Der allgemeine Eindruck aber war ein herzerregender, durch die Menschenseele wie ein längst vergessener Traum unwürdiger Vergangenheit hindurchziehend, edel und sittlich geschürzt. Nur möchten wir mit der Künstlerin rechten, daß sie die mächtigen Schätze ihrer Kunst an dieses Stück ver-

schwendet. Wir gehören zu denen, die in der Schauspielkunst überwiegend viel auf den Vortrag der Rede geben, das Wort mit seinem Ton und Akzent ist uns wichtiger als Maske und Charakterisierung in Gestalt und Erscheinung. Im Worte legt der Dichter seinen Inhalt nieder und wer das Wort, zu seinem Rechte bringt, macht wesentlich die Dichtung geltend. Hier aber liegt Frau von Buljovszky's beneidenswerthe Künstlerstärke. Diese gemesselte Deklamation, die wie Glockenlang deutlich und vernehmbar jede Tonnuance hervorhebt, wirkt mit anstarker Gewalt, wenn sie auch zuweilen mit statuenartiger Ruhe den Hörer erkältend berührt. Das Organ, das die ganze Sala menschlicher Leidenschaft, von der stürmischen Rapidität der ersütterndsten Nachglut bis zu dem Schmelz melodisch lispelnder Gemüths-tiefe, spielend durchläuft, beherrscht wunderbar alle Seelenregungen des Publikums; die Rede erhebt sich in dem ästhetischen Schwung eines idealen Vortrags weit über das Niveau geläufiger Bühnendeklamation. Hier ist Frau v. Buljovszky eine Meisterin ersten Rangs. Ihr Spiel im 3. Akt ergriff auch uns, die wir wahrlich nicht zu dem leichtgerührten Gros des Theaterpublikums gehören, mit packender Gewalt. Fassen wir ihre Vorzüge zusammen, so liegen sie vorwiegend nach der Seite der Deklamation und der Erscheinung; ob sie auch in demselben Maße die Charakteristik der Figuren durchdringen, wagen wir bei der ersten Vorstellung und noch dazu an einer Figur wie „Deborah“ nicht zu entscheiden. Das nicht zu zahlreiche Publikum gab seiner Anerkennung durch mannigfachen stürmischen Hervorruuf (auch bei offener Scene) Ausdruck.

Unsere heimischen Bühnenkräfte, die sich bemühten, den Gesamtmeindruck von der Leistungshöhe der Gäste nicht herabzuziehen, verdienen um ihres Fleißes willen Zustimmung und Lob. Hr. Einicke, Fr. Guinand, Hr. Mayer, Hr. v. Baronche haben wenigstens das Ensemble nicht empfindlich gestört.

Aus dem Gerichtssaal.

Posen, 4. April. Heute hat eine neue Schwurgerichtssitzung begonnen, dieselbe wird jedoch nur 4 Tage dauern. Zur Verhandlung kommen folgende Sachen:
 Montag, 4. April: 1) die Anklage gegen den Knecht Thomas Kuberski wegen Nothzucht; 2) die Anklage gegen die unverehelichte Mathilde Adler wegen schweren Diebstahls.
 Dienstag, 5. April: 1) die Anklage gegen den Tagelöhner Michael Bartkowiak wegen Urkundenfälschung und 2) einfacher Diebstahl; 2) die Anklage gegen den Knecht Johann Stelmajski wegen schweren Diebstahls.
 Mittwoch, 6. April: die Anklage gegen den Tagelöhner Franz Tractkowiak wegen vorsätzlicher Brandstiftung.
 Donnerstag, 7. April: 1) die Anklage gegen die unverehelichte Adeline Warschauer wegen vorsätzlicher Brandstiftung; 2) die Anklage gegen die Tagelöhnerin Michalina Kayser und den Tagelöhner Franz Maciejewski wegen schweren Diebstahls.
 Den Vorsth wird Herr Kreisgerichtsdirektor Godschewski ausführen.

Tours, 27. März. [Prozeß Bonaparte.] (Schluß.) Um 12 Uhr wird die Sitzung eröffnet. Der Präsident fragt den Prinzen, ob er seiner Verteidigung noch etwas hinzuzufügen habe. Prinz: Ich wünsche den Hrn. Geschworenen einige Worte zu sagen. Der Präs. giebt ihm das Wort. Er erhebt sich, derselbe ist bleich, spricht aber mit starker Stimme. Man sieht ihm an, daß er in äußerster Erregung ist. Er drückt sich wörtlich folgendermaßen aus: Meine Herren Geschworenen! Unter den Verleumdungen der niederträchtigen Marcellaise ist eine, auf welche nicht kategorisch geantwortet wurde. Es ist nicht wahr, daß ich irgend Jemanden in America verumdet habe. Der Vorfall, auf den man Bezug nimmt, ereignete sich in Gegenwart meines Vaters, heute Kaisers der Franzosen. Dieser würde nöthigenfalls bezeugen, daß weder Louis noch ich irgend eine Gefängnißhaft zu bestehen hatten. Ich hätte noch andere Sachen hinzuzufügen, aber diese würden in ihre logische Entwicklung die Politik im Allgemeinen hineinziehen. Meine Familienstellung und meine eigene Ueberzeugung erlauben nicht, daß ich mich auf diese Auseinandersetzungen einlasse, welche die Verteidigung übrigens schon berührt hat, und ich kann sie deshalb nicht weiter durchführen. Nach der abgeschmackten Verleumdung, von welcher ich eben sprach, können Sie die übrigen beurtheilen. Man soll nur wissen, daß, wenn ich mich nicht weiter auslasse, dieses nicht aus Furcht geschieht. Man hat mir auch gesagt, daß 200,000 Personen (obgleich ich glaube, daß man bedeutend davon abschlagen müsse) eine Art Urtheil, das einzige, welches Advokat Laurier anerkennen will, auf der Straße gefällig haben; dies hat er Ihnen gesagt. Ich muß konstatiren, daß von diesen 200,000 Personen neun Sehtel nur aus Neugierigen bestanden. Die pariser Bevölkerung besitzt zu viel gefunden Menschenverstand, als daß es anders sein könnte. Uebrigens ertheile ich diesen Neugierigen kein Lob dafür, daß sie diese Zusammenläufe mit verächtlicher Miene betrachteten. Ich habe stets nur die Wahrheit gesagt, nichts als die Wahrheit, ich bin nicht um einen Strich breit davon abgewichen. Ich habe nur die Umstände mit Bestimmtheit angegeben, deren ich ganz gewiß war, und nun möge das hohe Gericht abmühen. — Der Präsident ergreift das Wort, um sein Resümee zu machen: Wir nähern uns nunmehr dem Ende dieser schwerlichen Angelegenheit; der Augenblick ist gekommen, wo Sie sich der hauptsächlichsten Anklagepunkte und der wichtigsten Stützpunkte der Verteidigung erinnern müssen. Es möchte scheinen, als ob die tiefe Aufmerksamkeit, mit welcher Sie den Verhandlungen gefolgt sind, dieses Resümee überflüssig machte; aber was das Gesetz, indem es diese Bestimmung auferlegte, vor allem im Auge gehabt, das ist, den zu lebhaften Eindrücken, welche die Diskussion im Geiste der Geschworenen hat hervorrufen können, Zeit zur Abkühlung zu geben, damit sie in voller Ruhe des Gewissens und der Vernunft leidenschaftlos und ohne Schwäche das Urtheil, welches die Gesellschaft von ihnen erwartet, fällen mögen. Der Präsident giebt nun eine Darstellung der Zeugenaussagen und der Plaidoyers der Zivilpartei, des Requisitionens und der Plaidoyers der Verteidigung. Dann zur Frage, betreffend den Gebrauch des legitimen Verteidigungsrechts übergehend, sagt er: Der Prinz läßt die Entschuldigung der Aufreizung nicht zu. Sie würde seine Strafe nur abmühen. Was liegt an der Strafe? erwiderte der Prinz. Es ist nicht sein Leben, nicht seine Freiheit, welche er verteidigt, sondern es ist seine Ehre, die Ehre seines Charakters, seiner Familie, die kostbarste Erbschaft seiner Familie, die er zu retten sucht. Zum Schluß wendet sich dann der Präsident an die Geschworenen: Ich habe der Klarheit der Debatte halber die Argumente der Redner der Anklage und der Verteidigung zusammenstellen müssen. Meine Herren hohen Geschworenen, ich habe nach dieser Möglichkeit den Auftrag erfüllt, der mir übertragen war, an Ihnen ist es nun, den Ihrigen auszusprechen. Sie werden auf folgende Fragen zu antworten haben:

Erster Anklagepunkt. Erstens. Ist der Prinz Peter Napoleon Bonaparte schuldig, am 10. letztverflohenen Januar zu Auteuil-Paris an der Person Joao Salmons genannt Viktor Noir eine absichtliche Tödtung begangen zu haben? Zweitens. Ist besagter absichtlicher Tödtung vorausgegangen oder nachgefolgt der Versuch einer absichtlichen Tödtung, verübt an der Person Ulric de Fonvillies und weiter unten näher bezeichnet? Dritte Frage, welche aus den Verhandlungen hervorgeht: Ist er aufgereizt worden, besagte absichtliche Tödtung zu verüben, durch grobe Thätlichkeiten und Anwendung von Gewalt gegen seine Person?
 Zweiter Anklagepunkt. Viertens. Ist der Prinz Peter Napoleon Bonaparte schuldig, am 10. letztverflohenen Januar zu Auteuil-Paris einen Versuch absichtlicher Tödtung an der Person Ulric de Fonvillies verübt zu haben, welcher Versuch, dargelegt durch die begonnene Ausführung, nicht zur Ausübung gelangte, Umstände wegen, die außer dem Bereiche des Willens seines Urhebers lagen? Fünftens. Ist besagter Versuch der absichtlichen Tödtung vorausgegangen die absichtliche Tödtung, verübt an der Person Joao Salmons genannt Viktor Noir, und oben näher bezeichnet? Sechste Frage, welche aus den Verhandlungen hervorgeht: Ist er aufgereizt,

besagten Versuch der absichtlichen Tödtung zu verüben, durch grobe Thätlichkeiten und Anwendung von Gewalt gegen seine Person?

Präs.: Meine Herren Geschworenen! Wir lassen Ihnen die Aktenstücke des Prozesses zustellen. Man wird Sie in Ihrer Berathungszimmer führen. Die Sitzung wird suspendirt. Es ist 1/2 Uhr. Während der Suspension der Sitzung herrscht eine große Bewegung im Saale. Man erwartet mit Spannung die Rückkehr der Geschworenen. Niemand verläßt seinen Sitz. Um 2 Uhr 10 Min. läßt sich die Schelle der hohen Jury vernehmen. Tiefe Stille erfolgt. Der Gerichtsdienner: Die hohe Jury. Die Geschworenen nehmen ihre Plätze ein. Der Gerichtsdienner: Der hohe Gerichtshof. Präs.: Wir empfehlen dem Publikum an, sich eines jeden Zeichens des Beifalls oder des Mißfallens zu enthalten. Es wird durch sein Stillschweigen die der Justiz schuldige Achtung darthun. Herr Vorsitzender der hohen Geschworenen, wollen Sie dem Hofe das Resultat Ihrer Berathung kundgeben. Der Vorsitzende der Geschworenen (aufrecht und die rechte Hand auf dem Herzen): Auf Ehre und Gewissen, vor Gott und den Menschen, der Ausdruck der Jury ist: Auf die erste Frage: Nein! Auf die vierte Frage: Nein! (In Folge der verneinenden Antwort auf diese beiden Fragen war die auf die übrigen unnöthig.) Da der Ausdruck der Jury Freisprechung des Angeklagten ist, so war die Aufregung, welche unter dem Publikum entstand, groß. Man fragte hin und her, und es entstand ein ziemlich starker Lärm. Präs.: Laßt den Angeklagten eintreten. Der Angeklagte wird eingeführt. Er sieht bleich und angegriffen aus und richtet seine Blicke auf den Richter. Der Präsident giebt dem Gerichtsdienner Befehl, den Ausdruck der Jury vorzutragen. Der Prinz hört denselben in fieberhafter Spannung an. Er scheint ihn nicht vollständig zu verstehen, und sein Gesicht nimmt erst einen freudigen, stolzen Ausdruck an, als der Präsident nun das Urtheil verliest und seine Freisprechung und sofortige Inhaftsetzung verkündet. Sogleich verläßt der Prinz die Anklagebank. Man sagt ihm aber, daß er noch bleiben müsse. Das Publikum selbst ist äußerst erregt. Beim Vortrage des Urtheils ertönt einiger Beifall, der aber sofort unterdrückt wird. Präs. (zum Angeklagten, der fortgehen will): Bleiben Sie in der Sitzung. Prinz: Ist dies eine Verpflichtung? Präs.: Ja! Prinz: Aber in Freiheit! Laurier (Laurier (Zivilpartei) erhebt sich während dieser Worte. Der Prinz sieht auf Laurier hin. Laurier: Meine Herren vom hohen Gerichtshof! Im Namen von Louis Salmon, Louis Noir genannt, habe ich die Ehre, einen Antrag auf Entschädigung zu stellen, und als einzige Entschädigung die Bezahlung der Gerichtskosten zu verlangen. Vernehm (Anwalt): Ich trete für Herrn Salomon (Vater) und für Frau Salomon (Mutter) auf. Mein Antrag zielt darauf ab, daß es dem Hofe gefallen möge: In Erwägung, daß am 10. Febr. 1870 Peter Bonaparte Herr Viktor Salmon, Noir genannt, den Tod gegeben hat; daß, indem Peter Napoleon Bonaparte den Antragstellern einen geliebten Sohn entriß, zugleich die moralische und materielle Stütze ihres Alters genommen hat; daß der Antragsteller kein Vermögen besitze, daß der Familienvater, nachdem er seine Kinder auf ehrenvolle Weise erzogen hat, sich beim Herannahen seiner alten Tage von einer ersten Krankheit, die ihn verhinderte, den Sitzungen des hohen Hofes anzuwohnen, befallen und sich seines Sohnes beraubt sieht, dessen Laufbahn frühzeitig durch die Mordthat, deren Opfer er war, gebrochen worden ist; In Anbetracht, daß die kleine und so äußerst bescheidene Industrie, welcher sich Salmon, der Vater bis zu seiner Erkrankung gewidmet hat, nicht mehr für die Bedürfnisse und Erziehung der Antragsteller hinreicht; in Anbetracht, daß die Stellung der Familienmutter noch trauriger und forganvoller werden mußte, als Salmon ihrer zärtlichen Sorge entrißen wurde, aus diesen Gründen den Peter Napoleon Bonaparte zu einer Bivolenentschädigung an Herrn und Frau Salmon von 100,000 Franken zu verurtheilen, die Dauer der persönlichen Haftung für diese Summe auszusprechen und den Prinzen in die Kosten zu verurtheilen. Leon Verneheim. Courrière. Der Prinz (lebhaft — er sitzt auf der Armenüberbank) 100,000 Franken! Ich würde lieber den armen Kindern 200,000 Franken geben. Der Gerichtsdienner: Ruhe! Prinz (zum Präsidenten): Kurz, bin ich frei oder nicht? Präs.: Nein! Sie müssen den Befehl zu Ihrer Inhaftsetzung abwarten. Dem Prinzen scheint dies unangenehm zu sein. Mehrere Personen, darunter der Präsift, wechseln einige Worte mit ihm, und der Prinz springt über die Schranke, und setzt sich indem er lächelt, neben seinen Verteidiger. Präs. (zur Zivilpartei): Sie müssen die Prozedur regeln. Verneheim (Anwalt): Der Anwalt Courrière von Tours wird die Anträge unterzeichnen. Leroux (Verteidiger der Prinzen): Der Prinz will die Sitzung verlassen. Er wird zu seiner Vertretung einen Anwalt konstituiren. Präs.: Die Sitzung ist suspendirt. Die Angeklagte will nicht zur Thür hinausgehen, welche für den Angeklagten bestimmt ist. Nein! — ruft er aus — ich will dort hinausgehen. Ich will beweisen, daß ich die „Marcellaise“ nicht fürchte.“ Er discutirt aufs lebhafteste mit seinen Verteidigern. Der Präsift mischt sich nochmals in die Sache. Die Erregung im Saale ist groß. Man beschließt eine neue stürmische Szene. Der Präsident fordert Leroux auf, seinen Klienten wegzuschicken, und diesem und dem Präsiftten gelingt es endlich, den Prinzen durch die Thür der Angeklagten fortzuschaffen. Nach einigen Minuten wird die Sitzung wieder aufgenommen. Salomon (der Anwalt, der den Prinzen vertritt) stellte den Antrag, daß der Prinz zu keinem Schadenersatz an die Familie Noir verurtheilt werde; er versprache dagegen 20,000 Franken an die Armen von Tours zu bezahlen. Präs.: Haben die Advokaten der Zivilpartei etwas dagegen zu sagen? Flouquet: Nicht das Geringste. Präs.: Die Staatsbehörde hat das Wort. General-Advokat Bergoquin: Der Gerichtshof begreift, daß die Staatsbehörde in der Debatte zwischen dem Prinzen und den Zivilpartei nicht zu interveniren hat. Wenn man die Rechtsprinzipien, von welchen man Ihnen so eben Mitteilung gemacht, diskutiren wollte, so wäre es schwer darzutun, daß diese Prinzipien nicht die wahren sind. Man kann nicht aus dem von der Jury erlassenen Ausspruch die Konsequenzen ziehen, die man daraus folgert. Daß der Prinz nicht schuldig ist, ist recht, aber es bleibt nichts desto weniger eine bedauerwerthe Thatfache, die das Gesetz vorausgesehen hat, wenn es sagt, daß jede Handlung eines Menschen, welche Andern Schaden verursacht, gut gemacht werden muß. Er ist nicht schuldig, aber er ist verantwortlich für seine Handlungen von diesem Gesichtspunkte aus. Es liegt eine Thatfache vor, der Alles untergeordnet ist: der Prinz Peter Bonaparte hat Louis Noir den Tod gegeben. Die Familie des letzteren ist durch ihn der Unterstützung beraubt, auf die zu rechnen sie das Recht hatte. Nach dem Artikel 1382 des Code Napoleon kann er verantwortlich gemacht werden. Bis zu welchem Grade? Wir haben diese Frage nicht zu diskutiren und überlassen es der Weisheit des Hofes. Der hohe Gerichtshof zieht sich zur Beratung zurück. Um 4 Uhr 50 Minuten wird die Sitzung wieder aufgenommen. Der Prinz Peter ist nicht anwesend. Der Präsident trägt folgendes Urtheil vor: Der Hof, indem er auf Schadenersatz, welchen die Eheleute Salmon und Louis Salmon, genannt Noir, stellen, aburtheilt; nach Anhörung der Parteien in ihren Anträgen und des Herrn General-Procurators in seiner Requisition; in Erwägung, daß nach den Artikeln 358, 359 und 360 des Strafgesetzbuches der Hof selbst nach der Freisprechung des Angeklagten besugt ist, über die Schadenersatz-Ansprüche der Zivilpartei abzuurtheilen; in Anbetracht, daß seine Entscheidung die Strafbarkeit des Angeklagten nicht in Frage bringt, und in seiner Weise der Erklärung der Geschworenen entgegen tritt, er andererseits in den Umständen der Anklage selbst seine Begründung findet; in Erwägung, daß thatsächlich feststeht, daß der Prinz Peter Napoleon Bonaparte nach der Erklärung der Geschworenen, der Verbrechen des Mordes und des Mordversuchs nicht schuldig befunden worden ist, diese Erklärung aber das Vorhandensein der Thatfache der Tödtung nicht in Abrede stellt, welche im Gegentheil vom Angeklagten selbst zugestanden wird; in Erwägung, daß die Umstände, wie sie sich einstellen, namentlich auch das Benehmen des Prinzen und die Worte, die er bei dem Vorfalle äußerte, der Thatfache, obgleich sie aller Strafbarkeit entkleidet ist, den Charakter eines Beihilftes verleihen, welcher unter den Artikel 1382 des bürgerlichen Gesetzbuches verfällt; in Erwägung endlich, daß der Prinz Peter Napoleon Bonaparte durch diesen Beihilft der Zivilpartei einen Nachtheil zugefügt hat, für dessen Vergütung er aufzukommen hat, und deren Höhe zu bemessen, der Hof in Lage ist, verurtheilt aus diesen Gründen den Prinzen Peter Napoleon Bonaparte zur Zahlung der Summe von 25,000 Fr. an die Eheleute Salmon als Schadenersatz, verurtheilt die benannten Eheleute Salmon und Louis Salmon, genannt Noir, zur Zahlung der Kosten des Kriminalverfahrens an den Staat, verurtheilt schließlich den Prinzen, die Zivilpartei für diese so wie für die von ihnen ausgelegten Kosten schadlos zu halten, verurtheilt den Prinzen zu den Kosten des Zivilverfahrens mit Einbegriff der Kosten der Einregistrirung und der Zustellung des gegenwärtigen Urtheils. (Große Bewegung im Saale.) Präs.: Die Session des hohen Gerichtshofes ist beendet. Die Sitzung ist geschlossen.

(Hierzu zwei Beilagen.)

Staats- und Volkswirtschaft.

Verlin, 1. April. Die Seebeförderung der norddeutschen schwedischen Post. Die Norddeutsche Postverwaltung hat es in dem mit der schwedischen Postverwaltung abgeschlossenen Vertrag vom 20. März d. J. über die See-Beförderung der Nord-Schwed. Post übernommen, mit einem Aboer einen Kontrakt zur Stellung eines Postdampfschiffes abzuschließen. Die für diesen zu Grunde zu legenden Bedingungen sind, daß das Schiff alljährlich während der Periode von 15. April bis einschl. 14. Juni und vom 15. Sept. bis einschl. 15. Okt. wöchentlich hin- wie herwärts zwei und während der Zeit vom 15. Juni bis einschl. 14. Sept. wöchentlich hin- wie herwärts drei Fahrten macht. Wenn während der Dauer der Kontraktzeit durch Weiterführung der Eisenbahn über die Insel Rügen und durch Anlage eines entsprechenden Hafens daselbst eine anderweitige Postverbindung mit Schweden, als diejenige auf dem Wege über Stralsund und Malmö ermöglicht werden oder wenn sonst etwa eintretende anderweitige Verkehrs-Verhältnisse eine öfter wiederholte oder für eine längere Zeit des Jahres auszuführende Verbindung zwischen Vorpommern und Schonen als die neu vereinbarte wünschenswerth machen sollten, so soll die Nordd. Postverwaltung mit dem Unternehmer der Dampfschiff-Verbindung zwischen Stralsund und Malmö die den veränderten Verhältnissen entsprechende Modifikation des mit ihm geschlossenen Kontrakts nach vorherigem Einvernehmen mit der schwedischen Postverwaltung vereinbaren. Kommt eine dergleichen Vereinbarung mit dem Unternehmer nicht zu Stande oder wird wegen Verlegung der Dampfschiff-Verbindung auf die neue Route ein Einverständnis den zwischen beiderseitigen Postverwaltungen nicht erzielt, so steht es jeder der beiden Verwaltungen frei, den neu abgeschlossenen Vertrag vom 20. März d. J. aufzuheben, in welchem Falle jedoch nach Aufhören des Vertrages die Subvention von jährlich 10,000 Thlr. noch auf ein ferneres Jahr an den Unternehmer gezahlt werden soll. Dieser verpflichtet sich, wenn er die Fahrten durch sein Verschulden nicht regelmäßig einhält und ausführt, zu Konventionsstrafen, wie er auch sich zu Strafzahlungen und Vergütungen vorsteht, wenn durch das Postdampfschiff oder durch die Besatzung desselben Postdefraudationen verübt werden, indem Brief- oder postzwangspflichtige Gegenstände neben der offiziellen Post befördert werden.

Die 1. Direktion der Ostbahn hat der dänischer Kaufmannschaft mitgetheilt, daß die beantragte Vereinbarung eines direkten Verkehrs zwischen Kriest und Danzig über Breslau und Kreuz für jetzt noch nicht lohnend erscheine, da nach den eingezogenen Erkundigungen im Jahre 1869 in der Richtung von Kriest und Kormons nach Breslau in dem zwischen diesen Stationen bestehenden Verkehrsverkehr nur circa 16,000 Ztr. befördert worden seien. Die 1. Direktion beabsichtigt daher, das Zustandekommen des österreichisch-ungarisch-preussischen Verkehrs zwischen Kreuz abzuwarten und demnach wegen Anschluß der Stationen Kriest und Kormons an diesen Verkehr geeigneten Falles Vorkehrung zu treffen.

Veränderungen im Postdienste, die zum 1. April in Ausführung gekommen sind, bedingen nach der „Köln. Ztg.“ eine theilweise Abänderung der bisherigen Vorschriften über das Verfahren zur Ermittlung des Gewichtes der auf den Eisenbahnen sich bewegenden zahlungspflichtigen

Postsendungen. In Folge dessen ist unterm 26. d. M. eine Instruktion über das bei jenen Ermittlungen anzuwendende Verfahren entworfen worden, welche gleichfalls am 1. April in Wirksamkeit tritt.

Elberfeld, 2. April. Die heutige Generalversammlung der Vaterländischen Feuerversicherungs-Aktiengesellschaft beschloß die Bezahlung einer Dividende von 40 Thlrn. pro Aktie, mithin von 20 Prozent.

Schwerin, 2. April. Die heute abgehaltene Generalversammlung der Mecklenburgischen Eisenbahngesellschaft beschloß mit 9088 gegen 10 Stimmen die Ueberlassung der Bahn an den Staat unter den bekannten Bedingungen.

Karlsruhe, 31. März. Bei der heutigen Ziehung der Badischen 35 fl. Loose fiel der Haupttreffer von 35,000 fl. auf Nr. 22,447, der zweite Treffer von 10,000 fl. auf Nr. 134,283, der dritte von 5000 fl. auf Nr. 384,099; 2000 fl. Gewinnen: Nr. 44,843, 385,316, 342,895, 72,379, 23,990, 1000 fl. Gewinnen: Nr. 164,119, 225,662, 166,131, 62,215, 332,886, 288,296, 77,787, 134,264, 258,608, 362,216, 258,748, 379,656.

Karlsruhe, 1. April. Von der Aproz. Badischen Prämien-Anleihe de 1867 werden heute die nachfolgenden Serien gezogen: 159, 588, 604, 1076, 2106, 2177, 2186, 2313.

Wien, 1. April. (Tel.) Bei der heutigen Ziehung der Kreditloose fiel der Hauptgewinn von 200,000 fl. auf Nr. 8 der Serie 1089; 40,000 fl. fielen auf Nr. 80 der Serie 1105, 20,000 fl. auf Nr. 34 der Serie 2630. Sonstige gezogene Serien: 1335, 1638, 1688, 1885, 1888, 1896, 1897, 2291, 2539, 2967, 3069, 3080, 3396.

Florenz, 1. April. (Tel.) Von den italienischen Tabaks-Obligationen wurde heute Litt. J. gezogen.

Kopenhagen, 2. April. (Tel.) Die hiesige Dampfschiffahrtsgesellschaft wird demnach die Linie Kopenhagen-Vorauz einrichten.

Bukarest, 1. April. (Tel.) Die Kammer erklärte sich mit 57 gegen 10 Stimmen gegen jede Aenderung der in der Konzeption der Eisenbahn von Pitesti nach Krajowa stipulirten Richtung.

New-York, 1. April. (Tel.) Zufuhren in allen Unionshäfen 47,000, B. Ausfuhren nach England 45,000, nach Frankreich 13,000, nach anderen Häfen 11,000 B. Vorrath in allen Unionshäfen 482,000 B. Preis für middling Upland in New-York incl. Cost und Fracht pr. Dampfer nach Liverpool 10 1/16.

Bermischtes.

Saarlouis, 27. März. Vorgestern traf von der Regierung zu Trier hier der Befehl ein, die Kasse des Steuereintnehmers D. zu versiegeln und denselben zu verhaften. Derselbe war aber bereits am 23., wie es heißt, nach Trier abgereist. Bei der Revision der Kasse ergab sich ein Defizit von 5000 Thlrn. Das Ereigniß fordert um so mehr die Satire heraus, als der Betreffende in erster Reihe zu den „Frommen“ gehört. (Rh. Mlg. 3)

Leipzig, 30. März. Heute ist hier das erste Mal, und zwar ein Braunschweiger, nach der neuen Ordnung geprüft und als Rzt für das ganze Gebiet des Norddeutschen Bundes approbirt worden. (L. N.)

Groß-Gerau, 31. März. In den letzten Tagen haben wieder,

wie die „Darmst. Z.“ meldet, häufiger Erdstöße, jedoch in geringer Stärke, stattgefunden; so am 23. um 10 1/2 Uhr Morgens, den 26. um 2 1/2, 4 2/2 und 4 3/4 Nachmittags, den 30. um 5 5/55 Mittags ein andauernder, auch in verschiedenen Orten der Umgegend verspürter Stoß und endlich den 31. gegen 9 Uhr Morgens.

Aus Wieliczka sind, wie die „Tagespr.“ vernimmt, authentische Nachrichten in Lemberg angelangt, welche die Katastrophe eines neuen Wasserbruches im Salzbergwerke konstatiren. Hierüber herrscht allgemeine Befürzung.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wafner in Posen.

Angewandte Fremde vom 4. April.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbes. Gräfin Poninska a. Breschen, v. Markoff a. Hannover, v. Hede a. Hamburg, v. Hellendorf a. Würzburg, Gumtau a. Halle a. S., Gräfin Laeta a. Pofadomo, die Kaufl. Demrath a. Elberfeld, Rudra a. Berlin, Staudigel u. Müller a. Dresden, Kassel a. Breslau, Labrosse a. Paris, Berliner a. Breslau, Krohne aus Leipzig, Lorenzen a. Sommerfeld.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Inspektor Brandt aus Bixewo, Viehh. Klatow a. Gofolter-Pauland, die Kaufl. Saalinger und Reumann a. Pinne, Rutiner, Sosolowski u. Jaffe a. Breschen, Warshawer a. Stenzewo, Fr. Friedmann u. Jakob a. Rogasen, Schöndel a. Bromberg.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbes. Frau Baronin v. Winterfeld a. Mur. Goslin, v. Brodnicki u. Frau a. Nieswiadomice, v. Gajewski a. Olszyn, v. Troskow a. Knyczyn, v. Salszewski a. Sadno, Sufratich Koble a. Lissa.

SCHWARZER ADLER. Partikulier Bielski a. Baborowo, Rittergutsbes. Schur a. Murygnomo lesne, Frau Rittergutsbes. v. Jofinska a. Michalca, die Gutsbes. Moldenhamer a. Poflatki, Hubert a. Ropaszyc, Galbinski a. Kijewo, Inspektor Hoffmann a. Katalice, Geometer Saquet a. Buk, Frau Chrzanoska a. Samter.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsbes. Graf Wielczynski a. Pobjenic, v. Unruh a. Malpin, v. Stablewski a. Gruszczyn, Frau v. Bojanowska a. Krzelotowice, Dpiz u. Tochter a. Lowencin, v. Troskow a. Breslau, Jzig u. Fr. a. Rakel, die Baummeister v. Seyblitz a. Sullthau u. Bruns a. Berlin, Eisenb.-Baumfir. Köchel a. Gnesen, Güter-Exp.-Vorfr. Jädel u. Fr. a. Breslau, Kreisger. Dir. Gottschewski a. Poln.-Wissa, Padeu. Brunnenarzt Dr. Wehse a. Landeb., I. Oberförster Palenfelder a. Pafu-czylowo, die Kaufl. Jaworski u. Mamroth a. Berlin, Wabek u. Koppel a. Breslau, Hauff a. Zelle, Salamons a. Weener, Bruns a. Bamberg u. Münch a. Rheyd.

Das Hamburg-Newyorker Post-Dampfschiff „Cimbria“, Kapitän Gaack, am 22. d. von Newyork abgegangen, ist nach einer Reise von 9 Tagen 5 Stunden heute Morgen 7 Uhr in Plymouth angekommen, um 9 Uhr die Reise via Cherbourg nach Hamburg fortgesetzt. Dasselbe überbringt: 95 Passagiere, 96 Briefsäcke, 1100 Tons Ladung.

Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (S. S. 265) verordnet die königliche Polizei-Direktion nach Beratung mit dem Gemeinde-Vorstande für den Polizei-Bezirk der Stadt Posen wie folgt:

§ 1. Vor jedem Gebäude, in welchem sich eine Gasleitung von mehr als 25 Ausströmungen befindet, ist die Gaszuleitungsröhre mit einem Verschluss zu versehen, durch welchen bei entstehender Feuergefahr das Gas leicht und sicher abgeperrt werden kann. Mehrflämmige Leuchtgas-Geleuchte als eine Ausströmung. Die Gasse, an welcher der Verschluss liegt ist äußerlich zu bezeichnen.

§ 2. Die Einrichtung ist bei neu zu errichtenden Anlagen sofort, bei schon bestehenden innerhalb Jahresfrist nach Erlass dieser Verordnung in zuverlässiger Weise zur Ausführung zu bringen. Als zuverlässig werden vorläufig der Blod'sche Apparat, sowie der hydraulische Verschluss der städtischen Gasanstalt bezeichnet.

§ 3. Alle offenen Klammern, Beleuchtungsgegenstände u., welche auf öffentlichen Straßen und Plätzen über die Bauhöhe hinausragen oder sonst in einer dem Publikum leicht zugänglichen Weise angebracht werden, müssen eine Höhe von mindestens 6 1/2 Fuß über dem Niveau des Straßenpflasters resp. Bürgersteiges oder Fußbodens erhalten. Eine Ausnahme hiervon findet nur mit polizeilicher Genehmigung statt.

§ 4. Bei den Gasleitungen, welche im Innern der Häuser ausgeführt werden, dürfen fortan nur eiserne oder aus anderen schwerwiegenden Metallen bestehende Röhren Anwendung gebracht werden.

§ 5. Für die Befolgung dieser Vorschriften sind die Hausbesitzer, beziehungsweise deren mit der Verwaltung der betreffenden Häuser beauftragte Stellvertreter verantwortlich.

§ 6. Uebertretungen dieser Verordnung unterliegen nach § 347 Nr. 9 und § 344 Nr. 8 des Strafgesetzbuches vom 14. April 1851 einer Geldbuße bis zu 20 Thlr. oder Gefängnisstrafe bis zu 14 Tagen.

Wer es unternimmt, den nach dieser Verordnung ihm obliegenden Verpflichtungen nachzukommen, hat abgesehen von der Bestrafung zu gewärtigen, daß das Verfaulene im Wege der Exekution auf seine Kosten zur Ausführung gebracht wird.

Posen, den 31. März 1870. Königliche Polizei-Direktion. Staudy.

Bekanntmachung.

Au dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns C. J. Dampmann zu Neutombel hat die Handlung C. F. Ohle's Erben zu Breslau nachträglich Waarenforderung von 13 Thlr. angemeldet ohne ein besonderes Vorrecht zu beanspruchen.

Der Termin zur Prüfung dieser Forderung ist auf den 28. April d. J. Vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Kommissar angesetzt, woson die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntniß gesetzt werden. Grätz, den 29. März 1870.

Königliches Kreisgericht. Erste Abtheilung. Der Kommissar des Konkurses.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der Großherzoglich Posen'schen Pfandbriefe werden hierdurch in Kenntniß gesetzt, daß die Verloosung der pro Weihnachten 1870 zum Tilgungsfonds erforderlichen 3 1/2 % Pfandbriefe

am 4. Mai d. J. früh 10 Uhr

in unserem Sitzungs-Saale stattfinden wird, und daß die Liste der gezogenen Pfandbriefe am gedachten Tage in unserem Lokale und am folgenden Tage nach der Ziehung an den Börsen in Berlin und Breslau ausgehangen werden wird.

Posen, den 28. März 1870. General-Landschafts-Direktion.

Bekanntmachung.

An unsern städtischen Elementarschulen ist die Stelle eines katholischen Lehrers mit 250 Thlr. jährlichem Gehalte vacant.

Bewerber, welche der polnischen u. deutschen Sprache mächtig sind, werden aufgefordert, sich bis zum

15. April c.

bei unserer Schul-Deputation zu melden.

Den Vorzug werden Kandidaten erhalten, welche für den Unterricht im Zeichnen eine besondere Qualifikation nachzuweisen im Stande sind.

Bromberg, den 18. März 1870. Der Magistrat. Schuldeputation.

Konkurs-Eröffnung.

Königliches Kreisgericht zu Posen, den 24. März 1870, Nachmittags 6 Uhr. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Aron Cohn in Firma A. Cohn zu Posen ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 8. März 1870 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Agent Heinrich Rosenthal zu Posen bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 9. April d. J., Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar, Kreisgerichtsrath Gaebler, im Gerichtszimmer Nr. 13 anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters, event. eines einstweiligen Verwaltungsraths abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder andern Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum

16. April c. einschließlich

dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendabin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtsfähig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

23. April c. einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden, und demnach zur Prüfung der sämtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals

auf den 21. Mai c., Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar, Kreisgerichtsrath Gaebler, im Gerichtszimmer Nr. 13 zu erscheinen. Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amts-Bezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei

derungen, sowie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals

auf den 7. Mai d. J., Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar, Kreisgerichtsrath Gaebler, im Gerichtszimmer Nr. 13 zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Befamnischaft fehlt, werden der Justizrath le Bisser und die Rechtsanwältle Wügel und Dohorn zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Konkurs-Eröffnung.

Königliches Kreisgericht zu Posen, den 1. April 1870, Nachmittags 6 Uhr. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Israel Blum zu Posen ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 31. März 1870 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der königl. Auktions-Kommissarius Ludwig Manheimer zu Posen bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 20. April c., Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar, Kreisgerichtsrath Gaebler, im Gerichtszimmer Nr. 13 anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum

23. April c. einschließlich

dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen, und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendabin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtsfähig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

2. Mai c. einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden, und demnach zur Prüfung der sämtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals

auf den 21. Mai c., Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar, Kreisgerichtsrath Gaebler, im Gerichtszimmer Nr. 13 zu erscheinen. Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amts-Bezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei

uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Befamnischaft fehlt, werden der Justizrath Giersch und die Rechtsanwältle Pilet und Wehring zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Konkurs-Eröffnung.

Königliches Kreisgericht zu Posen, den 1. April 1870, Nachmittags 6 Uhr. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Philipp Grätz zu Posen ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 1. April 1870 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Auktions-Kommissarius Ludwig Manheimer zu Posen bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 20. April c., Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar, Kreisgerichtsrath Gaebler, im Gerichtszimmer Nr. 13 anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum

23. April c. einschließlich

dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendabin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtsfähig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

2. Mai c. einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden, und demnach zur Prüfung der sämtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals

auf den 14. Mai c., Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar, Kreisgerichtsrath Gaebler, im Gerichtszimmer Nr. 13 zu erscheinen. Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Befamnischaft fehlt, werden der Justizrath Tschirchke und die Rechtsanwältle Berthelm und Wügel zu Sachwaltern vorgeschlagen.

In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Emil Gütter ist an Stelle des verstorbenen Verwalters Grunwald der Bankfaktor Adolf Lichtenstein hier als definitiver Verwalter der Masse ernannt worden. Posen, den 28. März 1870.

Königliches Kreisgericht.

Abtheilung für Civilsachen.

Nothwendiger Verkauf.

Nachfolgende, dem Ritterguts- und Grubenbesitzer Heinrich Hermann zu Stolzenburg bei Stettin wohnhaft, gehörige Immobilien, deren Besitztitel auf den Namen deselben berichtigt ist und zwar:

1) Die im Kreise Samter belegene adelige Rittergutherrschaft Bronke mit Pertinenzien, welche mit einem Flächeninhalt von 2519 1/2 des Grundsteuer unterliegt, und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 9039 65 und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 772 Thaler veranlagt ist;

2) die im Garnitauischen Kreise gelegene adelige Herrschaft Krócz Nr. 17 mit Pertinenzien, welche mit einem Flächeninhalt von 32367 1/5 des Grundsteuer unterliegt, und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 5226 38 und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 294 Thaler veranlagt ist;

3) das im Garnitauischen Kreise gelegene freie Allodial-Rittergut Ciszowo Nr. 40 mit Pertinenzien, welches mit einem Flächeninhalt von 5746 44 des Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 7676 37 und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 429 Thlr. veranlagt ist,

sollen zusammen im Wege der nothwendigen Substation

am 16. September d. J., Vormittags um 10 Uhr,

im Lokale des königlichen Kreis-Gerichts hier selbst öffentlich versteigert werden.

Die Auszüge aus der Steuerrolle, die Hypothekenscheine von den Immobilien und alle sonstigen dieselben betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können im Bureau III des unterzeichneten königl. Kreisgerichts in Samter während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigentumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf die oben bezeichneten Immobilien geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungs-Termine anzumelden. — Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 23. September d. J., Vormittags um 11 Uhr,

im Geschäftslokale des unterzeichneten königlichen Kreisgerichts anberaumten Termine öffentlich verhandelt werden. Samter, den 21. Januar 1870.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Der Substitutions-Richter.

Handels-Register.

In unser Register zur Eintragung der Ausschließung der ehelichen Gütergemeinschaft ist unter Nr. 232, zufolge Verfügung vom heutigen Tage eingetragen, daß der Kaufmann Eduard Carl Stiller zu Posen für seine Ehe mit Bertha Emma Rudolph durch Vertrag vom 20. Januar 1866 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen hat. Posen, den 30. März 1870.

Königliches Kreis-Gericht.

I. Abtheilung.

Proclama.

Es ist die Todeserklärung folgender Personen beantragt:

- 1. der Pauline Antonie Julie — Albine Marianna Galera — Antonina Catharina Margaretha — Sabina Leopoldina Hedwig und Nepomucen-Geschwister Malomiejski;
2. der Catharina Elisabeth v. Kuczborska, geb. v. Satzjewski;
3. des Franz Salustius Adalbert v. Satzjewski;
4. des Johann Thaddeus v. Tomicki;
5. der Joseph v. Tomicka verheiratete Pimo;
6. der Catharina v. Tomicka, verheiratete Walewska;
7. des Alexander v. Wniowski;
8. der Kunigunde v. Kowalska, verheiratete v. Kaczkowski;
9. der Johann Albert Bonawentura, Salomea Bona Serafina, Joseph Johann Przedzielaw, Emilie Susanna Dorothea Catharina Joseph, Julius Bronislaus Viktor Geschwister v. Borawski;
10. des Napoleon v. Poninski;
11. des Stanislaus v. Poninski;
12. der Justine v. Bronikowska, geb. v. Prusimska;
13. der Marianna verwitwete v. Biliska, geborene v. Mysielska.

Sämmtliche Personen konkurriren als Miterben nach dem im Jahre 1775 gestorbeneu Boywoden Adalbert v. Opalenski und sind über dieselben in den Jahren 1856 und resp. 1857, da schon damals ihr Aufenthalt unbekannt war, Abwesenheits-Curatelen beim hiesigen Gerichte eingeleitet worden.

Dieselben waren auch zur Zeit der Einreichung der Curatelen schon großjährig und haben seit dem von ihrem Leben und Aufenthalt keine Nachricht gegeben.

Diese Personen werden deshalb hierdurch aufgefordert, sich bei dem unterzeichneten Gerichte persönlich oder schriftlich spätestens in dem auf

den 27. Oktober 1870

Mittags 12 Uhr

vor dem Hrn. Kreisrichter Hoffmann an hiesiger Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 3, anberaumten Termine zu melden und dort weitere Anweisung zu erwarten, widrigenfalls die Verschöllen für todt werden erklärt werden.

Grätz, den 12. Dezember 1869.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Klein-Kroschin sub Nr. 1 belegene, im Hypothekendbuche von Polajewo Vol. II. Pag. 433 seq. eingetragene, dem Fräulein Johanna Henriette Marie Lange geordnete Freischatzungsgut, dessen Besitztitel auf den Namen derselben berichtigt steht und welches mit einem Acker-Inhalte von 457,55 Morgen der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Neinertrage von 380,00 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungsertrage von 96 Thlr. veranlagt ist, soll mit Ausschluß eines im Dorfe neben der Schmiede belegenen Acker- und Wiesenstücks mit darauf stehenden Gebäuden, welches Areal in obigem Besitze nicht mit enthalten ist, im Wege der nothwendigen Subhastation

am 4. Juli d. J.,

Vormittags 10 Uhr,

im Lokale des hiesigen Gerichts versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, der Hypothekenschein von dem Grundstück und alle sonstigen daselbe betreffenden Nachrichten, so wie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können im Bureau III. des unterzeichneten königlichen Kreisgerichts Rogasen während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Dieserjenige Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekendbuche gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungstermine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 8. Juli d. J.,

Vormittags um 12 Uhr,

im Geschäftslokale des hiesigen Gerichts anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Rogasen, den 17. März 1870.

Königliches Kreisgericht.

Der Subhastations-Richter.

Boehme.

Bekanntmachung.

In dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns Albert Protoszyner zu Ostrowo ist zur Verhandlung und Beschlußfassung über einen Aktord Termin

auf den 21. April c.,

Vormittags 10 Uhr,

in unserem Gerichtslokale, Terminszimmer Nr. I., vor dem unterzeichneten Kommissar anberaumt worden. Die Beteiligten werden hiervon mit dem Bemerkten in Kenntniß gesetzt, daß alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Konkursgläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorrecht, noch ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlußfassung über den Aktord berechtigt sind.

Ostrowo, den 26. März 1870.

Königliches Kreisgericht.

Der Kommissar des Konkurses

Wniosiono o uznanie za zmarlych osób następnich:

- 1. Pauliny Antoniny Julianny — Albiny Maryanny Waleryi — Antoniny Katarzyny Małgorzaty — Sabiny Leokadyi Jadwigi i Nepomucena Małowieskich;
2. Katarzyny Elżbiety Kuczborskiej z domu Zakrzewskiej;
3. Franciszka Zależego Wojciecha Zakrzewskiego;
4. Jana Tadeusza Tomickiego;
5. Józefy Tomickiej, zamężnej Piwo;
6. Katarzyny Tomickiej, zamężnej Walewskiej;
7. Aleksandra Mniiewskiego;
8. Kunegundy Kowalskiej, zamężnej Koczkowskiej;
9. Jana Wojciecha Bonawentury, Salomei Bony Serafiny, Józefa Jana Przedziszawa, Emilii Zuzanny Doroty Katarzyny Józefy, Juliana Bronisława Wiktora Zorawskich;
10. Napoleona Ponińskiego;
11. Stanisława Ponińskiego;
12. Justyny Bronikowskiej z domu Prusimskiej;
13. Maryanny owdowiałej Biliskiej z domu Mysielskiej.

Wszystkie te osoby ubiegają się do sukcesji jako współspadkobiercy po zmarłym w roku 1775 wojewodzie Wojciechu Opalenskim.

W latach 1856 i resp. 1857 ustanowiono nad nimi, ponieważ już w wtenczas miejsca ich pobytu nie znano, przy tutajszym sądzie kuratelę jako nad nieprzytomnymi.

Osoby te były także już w czasie zaprowadzenia onej kurateli pełnoletniemi, a od tego czasu żadnej o swém życiu i o miejscu swego pobytu nie dały wiadomości.

Wspomniane osoby wzywają się niniejszemu, aby się u podpisaneu sądu osobiście lub piśmiennie najpóźniej w wyznaczonym do tego terminie

na dzień 27. Października 1870 r.

w południe o godz. 12.

przed sędzią powiatowym panem Hoffmannem w lokalu urzędowym Nr. 3, złożyli i tamże dalszych rozporządzeń oczekiwali, w przeciwnym bowiem razie znikłe osoby za zmarłe ogłoszone zostaną.

Gródzisk, dnia 12. Grudnia 1869.

Królewski Sąd Powiatowy.

Wydział I.

Sprzedaz konieczna.

Sołectwo wolne we wsi Małym Kroszynie pod Nr. 1, położone, w księdze hipotecznej Polajewo Tom. II. na stronicy 433 i następn. zapisane, do panny Joanny Henryety Maryi Lange należące, którego tytuł własności na imię tejże jest zapisany i które z objętością morg 457,55 oplacie podatku gruntowego ulega, podług ustalonego czystego przychodu na podatek z gruntu na 380,00 tal. i na podatek budynkowy z wartości użytku na 96 tal., sprzedane być ma, wyłączając kawał roli i łąki, wie wsi przy kościele położone z budynkami na takowym stojącym, któryto areal w powyższej posiadłości nie jest objęty, drogą subhastacyi koniecznej

dnia 4. Lipca r. b.,

przedpołudniem o godzinie 10.

w lokalu tutejszego sądu.

Wypis z rejestru podatkowego, wykaz hipoteczny i wszystkie inne wiadomości dotyczące się tejże nieruchomości, jako też szczególne warunki sprzedaży przez interesentów już stawione lub jeszcze stawić się mające przejrane być mogą w III. biurze podpisanego król sądu powiatowego w Rogoznie podczas zwyczajnych godzin służbowych.

Osoby, które chcą rościć do powyżej opisanej nieruchomości prawa własności lub nie zahipotekowane prawa realne, do których skuteczności przeciw osobom jest atoli podług prawa potrzebne zainstalowanie w księdze hipotecznej, wzywają się niniejszemu, aby swe pretensje najpóźniej w powyższym terminie licytacyjnym zapowiedziały.

Uchwała co do udzielenia przybicia publicznie ogłoszoną zostanie w terminie wyznaczonym na

dnia 8. Lipca r. b.,

w południe o godzinie 12.

w lokalu urzędowym tutejszego sądu powiatowego.

Rogozno, dnia 17. Marca 1870.

Królewski Sąd powiatowy.

Sędzia subhastacyjny.

Boehme.

Handels-Register.

Zufolge Verfügung vom 29. März 1870 ist heute in unser Firmen-Register eingetragen: bei Nr. 1151: die Firma P. Ciesielski zu Posen ist erloschen; unter Nr. 1173: die Firma Alexander Gaertel zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Moritz Hermann Alexander Gaertel daselbst.

Posen, den 29. März 1870

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

In dem Konkurse über das Vermögen des Handelsmannes Julius David zu Posen ist der Bankrotator Adolph Lichtenstein hieselbst zum definitiven Verwalter der Masse bestellt worden.

Posen, den 28. März 1870.

Königliches Kreisgericht.

Abtheilung für Civilsachen.

16,292 Kubikfuß Eichen-Bau- und Nutz- resp. Schiffsholz und

37,267 Kubikfuß Kiefern-Bau- und Nutzholz

sollen aus der hiesigen Oberförsterei:

am Montag den 11. April d. J., von 11 Uhr ab,

in dem Gasthause des Hrn. Jankiewicz zu Gostyn in 6 Loosen und zwar:

- im Revier Glogowko bei Gostyn:
Loos 1. 95 Stüd Kiefernholz mit 3021 Kubikfuß,
Loos 2. 239 Stüd Kiefernholz mit 9949 Kubikfuß,
im Revier Blazejewo bei Pofzig:
Loos 3. 22 Stüd Kiefern mit 1767 Kubikfuß,
Loos 4. 286 Stüd Kiefern mit 22,530 Kubikfuß,
Loos 5. 212 Stüd Eichen mit 7287 Kubikfuß,
im Revier Bodzewko bei Krosoben:
Loos 6. 216 Stüd Eichen mit 9005 Kubikfuß

meistbietend verkauft werden.

Kauflustige werden zu dem Vicitationsstermine mit dem Bemerkten eingeladen, daß die Vicitationsbedingungen und Aufmaßregister bei den betreffenden Revierförstern vor dem Termine eingesehen werden können. Auch sind Letztere angewiesen, den sich meldenden Interessenten die Beschäftigung der Hölzer zu gestatten.

Jeder Vicitant hat eine Kaution von 33 1/3 Prozent des Logwerthes desjenigen Looses, auf welches er bieten will, in preuß. Gelde oder inländischen kursfähigen Wertpapieren zu erlegen. — Die Kaufgelder sind innerhalb acht Tagen nach dem erfolgten Zuschlage zu zahlen, und werden drei Viertel der baaren Kaution auf dieselben angerechnet.

Oberförsterei Siedlce bei Pempowo, den 1. April 1870.

Die Forstverwaltung.

Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn-Gesellschaft.

Zu diverse Gleisebauten in Breslau bedürfen wir nachstehender Posten Weichenschwellen, Stoß- und Mittelschwellen:

Table with 2 columns: Quantity and Description. Includes items like 180 Stück 9 Fuß lang, 100 Stück 10 Fuß lang, etc.

Die Hölzer müssen in diesem Winter gefällt sein; Baumkanten werden nur auf der oberen Seite und höchstens 1 Zoll breit zugelassen.

Die Anlieferung soll zu einem Viertel binnen 4, vollständig binnen 8 Wochen, nach unserem Bahnhofe in der Ober-Vorstadt hieselbst oder an unserer Pöpelwiger Weiche oder an unserm Bahn-Übergang über die Berliner Chaussee hieselbst erfolgen.

Die unterzeichnete Direktion behält sich vor im Vertrage eine Kaution von 10% des Lieferungs-Preises für rechtzeitige und vorchriftsmäßige Erfüllung desselben auszubedingen.

Besteigelte Offerten mit der Aufschrift: „Lieferung von Weichenschwellen betreffend“ werden bis zum 11. April c. Vormittags 11 Uhr entgegengenommen und zu diesem Termine in Gegenwart etwa erscheinener Offerten eröffnet. Dieselben haben sich 8 Tage an ihre Offerten gebunden zu erklären.

Breslau, den 30. März 1870.

Direktion

der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn-Gesellschaft.

Gerichtlicher Ausverkauf

Markt Nr. 61.

Das zur A. Cohn'schen Konkursmasse gehörige Waarenlager, bestehend aus

verschiedenen fertigen Herren-Garderoben-Artikeln, Bukskins, Tuchen und ähnlichen Stoffen, einigen Militair-Effekten etc.

sollen von Montag den 4. d. M. ab, mit Ausschluß des Sonnabends und Sonntags, regelmäßig täglich, Vormittags von 9 bis 12 und Nachmittags von 3 bis 6 Uhr in dem bisherigen, Markt Nr. 61 belegenen, Geschäftslokale zu billigen Preisen ausverkauft werden.

Posen, den 1. April 1870.

Heinrich Rosenthal,

Verwalter der Masse.

Bilanz vom 31. März 1870

— gemäss Art. 34 alin. 2 des Statuts. —

Erworbene unkündbare hypothekarische und Renten-

Forderungen Thlr. 4,246,200.

Emittirte, im Umlauf befindliche unkündbare Pfand-

briefe 4,246,200.

Gotha, den 31. März 1870.

Deutsche Grundcredit-Bank.

von Holtzendorf. Landsky.

Auflösung

der Hagel- und Vieh-Ver sicherungsbank für

Deutschland in Berlin.

Auch wir unterzeichneten Landwirthe wünschen dringend

die Auflösung obiger Bank.

Christoph Schütz-Bogai. Daniel Pfeiffer-Barczynek.

Eduard Torno-Biskupice. Heinrich Hundt-Jasin.

Martin Walter-Sikierek.

Nachdem der am 17. v. Mts. bestimmt gewesene Versteigerungstermin wegen Ausficht eines zu erlangenden Accords aufgehoben worden, Letzterer indes nicht zu Stande gekommen ist, werden nun bestimmt vom 5. d. M. beginnend, täglich Vor- und Nachmittags dem Kaufmann Dampmann hier gehörigen Waarenvorräthe etc. bis zur gänzlichen Räumung des nicht unbedeutenden Waarenlagers, vom Unterzeichneten gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert werden.

Kauflustige werden unter dem Bemerkten hiezu eingeladen, daß die Versteigerung ca. 8 Tage dauern wird.

Reutomsel, den 3. April 1870.

Der definitive Verwalter des Dampmannschen Konkurses

Ob. Thomas.

Die Regelmäßig Friedrichsstr. 28 ist sofort zu verpachten.

Garduin Schulse.

Ackerwirthschaft,

bestehend aus ca. 165 Morg. Acker incl. 10 Morg. Wiese resp. Torfstich und den dazu gehörigen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, mit einer Brauerei und Schmiede, beabsichtige ich Familienverhältnisse halber mit guten Bedingungen zu verkaufen, auch zu verpachten. Kauflustige erfahren das Nähere bei mir selbst.

Miloslav, den 28. März 1870.

R. Schultz.

Zur Errichtung eines Holz- und Brettergeschäftes wird ein passender Platz in Posen zu pachten gesucht. Offerten nimmt entgegen

A. Friske, Köznowo - Wühlke bei Dbornif.



Eine Wassermühle

in unmittelbarer Nähe Pofens, mit nur maschinen Gebäuden, ca. 100 Morgen Land, mit vollständigem lebenden und todtm Inventarium, ist billig zu verkaufen oder an einen cautionsfähigen Pächter zu verpachten. Näher sub A. A. 1 poste rest. Pofen.

Cession einer Guts-pacht.

Die nach 15 Jahren laufende Pachtung eines im Regierungsbezirk Posen belegenen fürstlichen 1000 Morgen großen Rittergutes soll zu Johanni d. J. c. dirt werden.

Das Gut hat schönen Boden und komplettes Inventar. Unterhandlungen werden nur gefattet, sobald ein Vermögen von 8000 Thlr. mindestens nachgewiesen wird.

Offerten sub B. 222 in der Expedition dieser Zeitung.

Wirkl. günstige Pachtungen aus erster Hand

von 1000-6000 Morgen - 10-60,000 Thlr. erforderlich - erfahren Selbstp. bei Herrmann Lesser, Berlin, Bauhof 1.

Für Geschlechtskrankheiten etc. Dr. Eduard Meyer in Berlin Kronenstr. 17.

Damen,

welche eine Zeit lang zurückgezogen zu leben wünschen, finden bei einer älteren älteren gebildeten Geburtsbelferin liebevolle Aufnahme und strengste Verschwiegenheit. Franco Briefe sub H. C. 292. befördert die Annoncen-Expedition von Haasenstein & Vogler in Breslau.

Ein Arzt

findet sogleich ein. lohnend. Wirkungskr. — Fixe in Höhe von 800 Thaler in Aussicht. — Gef. fr. Offert. bef. d. Exped. sub H. S.

Kopfkübel, dicken Hals, Drüsen- überhaupt Strophel-Krankheit behandelt brieflich und heilt nachweisbar gründlich. Spezialarzt Dr. Henry Herz in Stuttgart.

Schwäche, Frauenkrankheiten jeder Art, Weißfluß, Syphilis, Weichselkopf, auch ganz veraltete Fälle, heilt bestimmt der homöopathische Spezialarzt Giersdorf, Kochstr. 46 II., Berlin. Von 8-11 1/2, und 3-5 1/2, Uhr. Auch brieflich.

Das norddeutsche Militair-Pädagogium.

Berlin, Schönhauser Allee 27, bereitet für alle Militair-Examina (auch für d. Reserve-Off.-Ex.) unter Garantie des Bestehens vor. Die wichtigsten modernen Sprachen, sowie Turnen, Fichten u. Exerciren wird gelehrt. Die Pension ist sehr gut, die Lage des Instituts der Gesundheit zuträglich, da es rings von Gärten umgeben ist. Es sind schon über 1600 junge Leute, incl. Drer, welche das Freiwilligen-Examen bestanden haben, vorbereitet. Junge Leute jeden Alters werden aufgenommen, können auch ohne Nachtheil täglich eintreten, da die Anzahl feils Abtheilungen hat, welche von vorn anfangen. Neue Kurse im April. Programme gratis.

v. Gurelsky-Cornitz,

Optim. a. D.

Dr. Killisch.

Höhere Töchterschule.

Das neue Schuljahr beginnt am Donnerstag den 28. April. Die Aufnahme und Prüfung neuer Schülerinnen findet den 26. und 27., Vormittags von 10 bis 1 und Nachmittags von 3 bis 5 Uhr in meiner Wohnung im Schulhause statt.

Protoschin, den 5. April 1870.

Balcke.

Agenturen

aller Art, besonders in Kartoffel-Sprit, Zucker, Mehl, Getreide etc., übernimmt in Dortmund

Joh. Wilh. Obereindorf, Commissions-, Agentur- und Incaffo-Geschäft.

Avis für Damen.

Ich wohne jetzt

Wilhelmsstr. 17 im Hause der Frau Weicher. In meiner früheren Wohnung, Wilhelmsplatz 6, befindet sich kein Stück meines Lagers oder meiner Fabrikate.

E. Lanz, Blumenfabrik.

Bad Landeck

in preussisch Schlesien (Grafschaft Glatz)

wird mit seinen, 1400 Fuß über dem Meere gelegenen, seit Jahrhunderten bewährten, wirksamen Schwefelthermen von 23 Grad Reaumur, mit seinen **Basin-Wannen** und den mittelst eines neuen vorzüglichen Eisenmoores präparirten **Moorbädern**, mit seinen inneren und äußeren **Douchen**, seiner **Inhalations-Halle**, seinen beiden **Trinkquellen** für die bevorstehende Saison hierdurch empfohlen. Die hiesigen **Thermen** haben namentlich ihren Ruf gegründet durch ihre vorzügliche Wirksamkeit in den verschiedenen Krankheiten des **Nervensystems**, sowie **Neuralgien**, **Lähmungen**, der sogenannten nervösen **Schwäche**, hysterischen Beschwerden, **Hypochondrie**, beginnenden **physischen Störungen**, u. s. w., bei **Erkrankungen der weiblichen Sexualorgane** (Frauenkrankheiten); ferner bei **Rheumatismus**, **atonischer Gicht**, **chronischen Katarren der Athmungsorgane**, bei **vergleichen Darmkatarren**, **chronischen Hautausschlägen** u. s. w. **Landeck**, überaus reich an **Naturschönheiten**, ist für jeden **Kurgebrauch** wohl eingerichtet und seines milden und gemäßigten Klimas wegen auch ein **klimatischer Kurort**. **Milch- und Molkenturen**. Alle natürlichen und künstlichen **Mineralwässer**. Anwendung der **Electrotherapie**.

Die Eröffnung findet **den 1. Mai a. C.** statt.

Landeck, im März 1870.

Der Magistrat.
Birk.

Bad Königsdorff-Jastrzemb

in Ober-Schlesien.

Beginn der Saison am 15. Mai d. J.

Bestellungen auf Wohnungen sind an die **Bade-Inspection** zu richten. Ausser Herrn **Dr. Eugen Juliusberg** wird der königl. Sanitätsrath Herr **Dr. Jacobi** als Badearzt fungiren.

Epileptische Krämpfe (Fallsucht)

heilt **brüchlich** der **Specialarzt** für Epilepsie **Doctor O. Killisch** in **Berlin**, jetzt: **Louisenstraße 45**. — Bereits über **hundert** geheilt.

Den Herren **Landwirthen** und **Industriellen** empfehle ich mein

Technisches Bureau

zur Anfertigung von **Zeichnungen**, **Plänen**, **Kostenanschlägen**, **Concessionsgesuchen**, **Tagen** und **Gutachten**. Auch bin ich jederzeit bereit, in **technischen Angelegenheiten** Rath zu ertheilen, die **Lieferung** von **Maschinen** und **Apparaten** zu **vermitteln** und die **Leitung** des **Baus** **gewerblicher Anlagen**, sowie die **Controlle** bestehender **Stablfabrikationen** zu übernehmen.

Posen, **Dehmig's Hotel**.

Carl Benemann,

Civil-Ingenieur.

Unser **Luch- und Butskinn-Lager** befindet sich jetzt **Markt Nr. 77**, gegenüber der **Hauptwaage**.
Gebrüder Cohn,
Posen.

Vom 1. April ab befindet sich mein **Komtoir** und **Wohnung** **Schifferstraße 20**, (1 Treppe).
Carl Zwenker.

Meine **Wohnung** befindet sich **gr. Ritterstr. 2**, im **Licht'schen Hause**.

J. Pfitzmann,
Maurermeister.

Meine Conditorei

befindet sich vom 1. April 1870 ab auf dem **Markte** in dem Hause des Herrn **Pincus Rawicki**.

A. Buchwald
in **Pleschen**.

Guter Dünger

wird zu kaufen gesucht. Gef. Offert. zu adressiren an **G. Meyer** in **Winitowo** p. **Posen**.

Kräftige Weißdornpflanzen, pr. 1000 $3\frac{1}{2}$ - 6 **Thlr.**, sowie verschiedene **Bäume** und **Sträucher** zu **Park- und Gartenanlagen** offerirt.

C. Brüggemann in **Gnesen**.

Waldsamen und Waldpflanzen

sowie **Bäume** und **Sträucher** zu **Parkanlagen** verkauft **billig** von **bekannter Güte** und **senkt** auf **Verlangen** **Preis-Verzeichnisse gratis**.

H. Gaertner

in **Schönthal** b. **Sagan** in **Nied.-Schlesien**.

Mein Comtoir,

sowie die **Bureaux** der **Haupt- resp. General-Agenturen** der

Vaterländischen Feuer-Versicherungs-Actien-Gesellschaft in **Elberfeld**,

Vaterländischen Hagel-Versicherungs-Gesellschaft in **Elberfeld**,

Lebens-, Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft „Iduna“ in **Halle a. S.**

befinden sich **Friedrichsstraße Nr. 20, erste Etage**.

Posen, im **April 1870**.

Eduard Mammoth.

Wir empfehlen unsere langjährig bewährten Fabrikate von

Dachpappen in **Rolln** und **Tafeln**,

Asphalt-Dachlack,

Holzement,

Asphalt und **Goudron**, sowie

Steinkohlentheer, **Pech**, **Nägel**, **Deckpapier** etc.

und übernehmen **Bedachungs- und Asphaltirungsarbeiten** in **Alford** zur **sorgfältigen Ausführung** durch unsere **eigenen, tüchtigen Decker**.

Für unsere **Holzement-Doppel-Dächer** übernehmen wir eine **zehnjährige Garantie**.

Breslau.

Reimann & Thonke.

Fabrik: Bohrauerstraße. Comptoir: Neue Taschenstraße 24, 1. Etage.

Nadel-Schmiergläser (Selbstöler)

die **zuverlässigsten** und **billigsten** **Schmierapparate** für **Wellenleitungen** jeder **Art**.

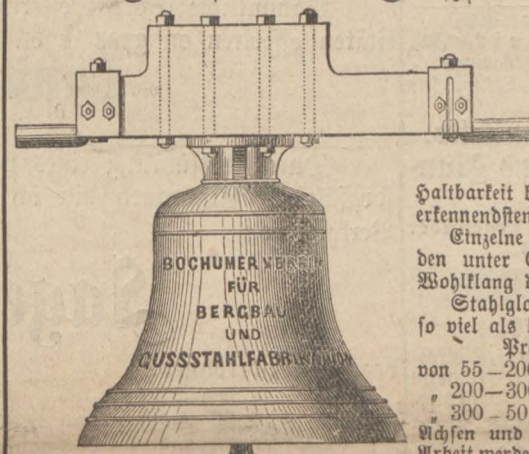
Diese **Apparate**, welche auf **jedem Wellenlager** angebracht werden können, verdienen ihrer **großen Vortheile** wegen die **allgemeinste Anwendung**; sie **schmieren** nur während des **Betriebes** und **zwar äußerst sparsam** und **ohne Docht**; ihre **Behandlung** ist **einfach** und kann der **Zufluss** an **Öl** je nach **Bedarf** leicht **regulirt** werden. — **Preis pro Stück** 10 **Sgr.**

Posen, **Dehmig's Hotel**.

Carl Benemann,

Civil-Ingenieur.

Bochumer Gußstahl-Glocken.



Große goldene Ehren-Medaille Paris 1855. Medaille London 1862. Goldene Medaille Paris 1867.

Der **Ton** dieser **Glocken** ist **ebenso voll**, **rein** und **weittragend**, wie der von **Bronzeglocken** und ihre **Haltbarkeit** **bedeutend größer**, was durch die **anerkanntesten Beugnisse** bewiesen ist.

Einzelne **Glocken** und **vollständige Geläute** werden unter **Garantie** für die **Reinheit** und den **Wohlklang** des **Tones** geliefert.

Stahlglocken kosten nur **etwa zwei Fünftel** so viel als **bronzene** von **gleichem Ton**.

Preise ab **Bochum** für **Glocken**

von 55-200 **Pfd.** 8 **Sgr.** pr. **Pfd.** **Boll-Gew.**

200-300 " 7 1/2 " " "

300-50,000 " 6 1/2 " " "

Nähen und **Beschläge** zu den **Glocken** in **solider Arbeit** werden **billig** berechnet. Für **altes Glockenmaterial**, an **Bahlungsstätt**, hat die **Fabrik** Verwendung.

Ausführliche Prospekte werden auf **Verlangen** **eingesandt**.

Bochum (Westphalen), im **Juni 1869**.

Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation.

C. Schönfelder & Comp.,

Brieg, Reg.-Bez. Breslau,

empfehlen ihre **elastischen Drahtmatrizen** von **bester Konstruktion** in **derselben Güte** und **doch billiger**, wie die der **Herren R. Mitzky & Sieber** in **Augsburg**, auf deren **Vorzüglichkeit** die **Gartenlaube** hingewiesen.

Dieselben sind **allen bisher üblichen Seit-Einsätzen vorzuziehen**, weil sie **Reinheit** und **Gesundheit** in **hohem Grade befördern**, stets von **angenehmer Elastizität** **bleiben**, sich durch **größere Dauer** als **Sprungfeder-Matrizen**, deren **Federn** sehr **balb** **lahm** werden, **auszeichnen** und **nie** der **theuren Reparaturen** der **letzteren** **bedürfen**. Die **Lage** auf denselben ist **stets** eine **normale** und **gesunde**, da **unsere elastischen Drahtmatrizen** nur einer **leichten Koffhaar-Lederpolsterung** **bedürfen**.

Bermöge ihrer **Billigkeit** machen sich dieselben **unentbehrlich** für **Reiche** und **Arme** und sind **vorzüglich geeignet** für **Hotels, Institute, Kranken-Anstalten** etc.

Bei **Bestellungen** ist die **Anzahl** der **Länge** und **Breite** der **Bettstelle** **erforderlich**. **Preis: Betteneinsätze** je nach der **Größe** $5\frac{1}{2}$ - $6\frac{1}{2}$ **Thlr.**; **vollständige hölzerne Bettstelle** incl. **Einsatz** **12-14 Thlr.**

Amerikanische Pferdezahl-Mais,

französische **Luzerne**

in **vorzüglicher Qualität** offerirt

Naumann Werner.

Wilhelmstr. 18.



500 Schafe,

der **Mutter- und Jungviehstamm** der **sehr wolkreichen** **gesunden Herde** (**edle, kräftige Luchwolle**) des **Dom. Klein-Rändchen**, **Kreis Guhrau** in **Schlesien**, sind **verkäuflich**.

Den **nur noch kurze Zeit** **statisfindenden**

Musverkauf

meiner

Gold- und Silberwaaren

erlaubt sich den **hiesigen** wie **auswärtigen** **geehrten Herrschaften** zur **gütigen Beachtung** **bekens** zu **empfehlen**.

Carl Hoefers Wwe.,

Breslauerstraße 38.

Inserat.

Ein neuer Mahagoni-Flügel

ist unter **vortheilhafter** **Bedingung** und **ratenweiser Zahlung** beim **penfion. Kantor Scheffner** in **Duf** zu **verkaufen**.

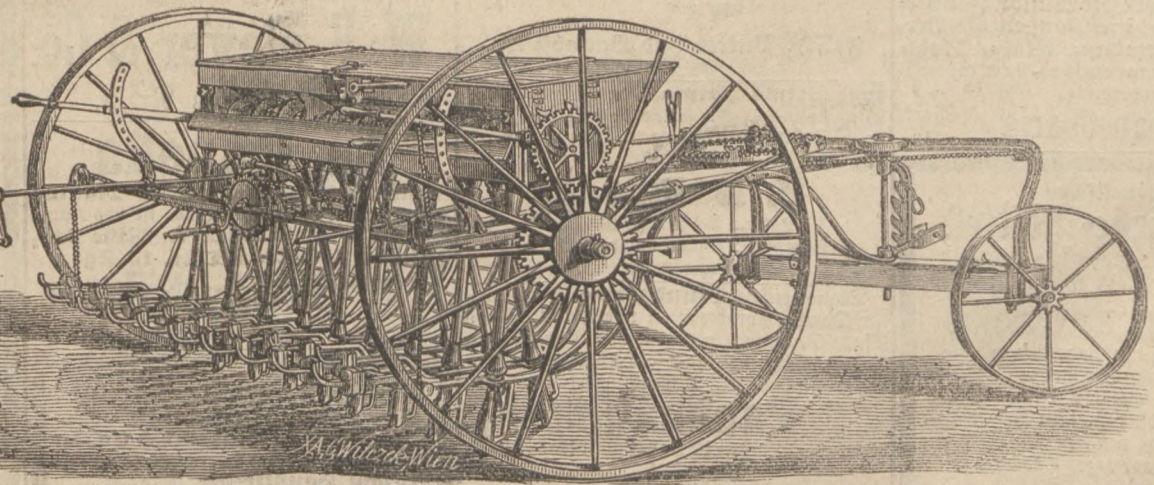
Für Gutsbesitzer.

Um den **fortwährenden Verkauf** von **Stroh**, von **Seiten** der **Knechte** **Einhalt** zu **thun**, er**biere** ich **mich** zum **Anlauf** desselben, welches zum **Verpacken** der **Spiritusfässer** resp. **Getreidesäcke** **verwendet** wurde, und **zahle** per **Ctr.** 15 **Sgr.** Der **Transportführer** hat **Legitimationzettel** vom **Dom.** **vorzuzeigen** und **erhält** **dieser** **sofort** den **Beitrag**. **Mehr** als 10 **Minuten** **Verkauf** sind **nicht** **erforderlich**.

W. Lewinsohn,

Futterhändler,
Gr. Gerberstr. 29, im Laden.

Friedländer's Patent-Drill,



fast ganz aus **Schmiedeeisen** und **schmiedebarem Guß**, daher **ungewöhnlich** **dauerhaft** und **leicht**; **tägliche Produktion** 1 **Stück**.

Nähere Auskunft **ertheilt**

N. v. Urbanowski.

Posen, **Berlinerstraße Nr. 11.**

Die neuesten
Sonnenschirme,
En-tout-cas
und
Promenadenfächer
billigt bei
Max Heimann,
vorm. Z. Zadek & Co.,
5 Neuestraße 5.

Gardinen
in großer Auswahl billigt
bei
Max Heymann,
vorm. Z. Zadek & Co.,
5 Neuestraße 5.

Wyrthenfränze,
frische und künstliche, geschmackvoll und elegant
gebunden, Bouquets zum Osterfest für
Kirche und Haus, billigt um damit zu räumen.
E. Lanz,
Blumenfabrik, Wilhelmstraße Nr. 17.
Die Berliner
Wäsche-Fabrik
von **Jacob S. Kallmus**
empfiehlt dem geehrten Publikum sein
billiges Lager von
Oberhemden, Chemisets,
Kragen, Einfäße und Man-
schetten.
Stand: 2. Budenreihe, gegenüber
Alten Markt 8.

Markt-Anzeige.
20,000 Paar Glacé, Gams, Hirsch-
leder, Militair, seidene
Zwirn-Sandshuhe, empfehle ich auch dies-
mal in schöner Waare zu billigen Preisen.
C. J. Fischer,
Handschuhfabrikant aus Berlin,
gegenüber der Weinhandlung von Herrn
Goldering.

Markt Tapeten Markt
90. 90.
in neuestem Geschmack und reichster Auswahl
von 2 Sgr. die Rolle ab bis zu den feinsten,
empfehle
Proben nach auswärts franco. **Nathan Charig.**

200 Ctr. polnische
grade Nägel
von 6 und bis 8 Zoll, zu Schwellen zu ver-
binden, empfiehlt billigt
Ludwig Flemming,
Danzig.

Amerikanische Würfel-Zucker-
Schneide-Maschinen
neuester Konstruktion von größter Leistungs-
fähigkeit zum Dampf- und Handbetriebe.
Generaldepot, Berlin, Neue Kö-
nigsstraße 33.

Gut gearbeitete
Mahagoni- u. Eichen-Sopha mit Rips und
wollenen Bezügen, eine saubere grüne Plüsch-
Garnitur, Chaislongues mit Leder und Leder-
tuch stehen zu billigen Preisen zum Verkauf bei
F. Schuster, Tapezierer. Markt u.
Breslauerstr. Ecke 60.

Mittel gegen feuchte Wände, Fenster-
Rouleaux, Gardinenstangen und Ver-
zierungen, Porzellan, Glas-, Stahl-
und Neusilberwaaren sind stets in reich-
haltiger Auswahl vorräthig.
Markt 90. **Nathan Charig** Markt 90.

Chinesisches
Saarfärbe-Mittel,
färbt dauernd braun und schwarz,
à Fl. 25 Sgr., 1/2 Fl. 12 1/2 Sgr.
Dentifrice universelle,
vertreibt jeden Zahnschmerz,
à Fl. 5 Sgr.
Spezialitäten aus der seit beinahe 20
Jahren rühmlichst bekannten Fabrik
von
A. Rennspennig
in Halle a. S.
Niederlage bei **Joseph Basch**
in Posen, Nr. 48 Markt Nr. 48.

Fische. Bestellungen zu den Osterfest-
tagen auf Fische erbittet recht zeitig
M. Briske Wwe.

Großer Ausverkauf.
Wegen Verlegung meines Geschäfts vom Alten Markt Nr. 72
nach Wilhelmstraße (**Mylius Hôtel de Dresde**) verkaufe eine große
Partie zurückgesetzter fertiger
Herren-Sachen
bedeutend unter dem Selbstkostenpreise, worauf Reflektirende auf-
merksam zu machen erlaube.
C. Ehlert, Alter Markt 72,
1 Treppe.

Selbstthätige Deltropf-Apparate
für Säbier und Kolben an Dampfmaschinen.
Durch diese praktisch erprobten Apparate ist die Aufgabe gelöst, jene im Dampf lau-
fenden wesentlichsten Theile der Dampfmaschine beständig und tropfenweise zu ölen, aber
nur während des Ganges der Maschine, und ohne mehr Del zu verbrauchen als früher.
Die Wirkung dieser Apparate macht sich durch erhöhte Leistung der Maschine und
durch 15 bis 30 Prozent Brennstoffersparnis ersichtlich — Der Preis eines
Apparates für kleinere Maschinen beträgt 7 Thlr., für mittlere 10 Thlr. und für größere
16 Thlr. exkl. Anbringung, welche ich auf Wunsch ebenfalls übernehme.
Posen, Dehmigs Hotel.
Carl Benemann,
Civil-Ingenieur.

על פסה בהכשר
Kolonialwaaren, diverse Weine, Backobst, Gurken, Kartoffelmehl,
Butter in den beliebten Stücken, Schokolade, frische Pommeranz-
schalen, wie auch Honig empfiehlt zu billigen Preisen
J. Alexander, Alter Markt.

על פסה בהכשר
Sämmtliche Sorten österlichen Backobstes in nur besten Qua-
litäten offeriren en gros & en détail
Louis Peiser Söhne,
Sapiehaplatz Nr. 6.

Durch Ausführung eines neuen Eiskellers und rechtzeitiges, sowie
sorgfältiges Einbrauen bin ich schon von heute ab in der Lage, den
Verkauf von
Lager-Bier
beginnen zu können.
Paul Gumprecht, Posen,
Breslauerstraße Nr. 38.

Sicheres Mittel
gegen den weißen Fluß wird gegen Vergütung
der Emballage verabreicht durch Frau **Hen-
riette Zeh** zu Großdorf bei Wien-
baum, Reg.-Bez. Posen. Hunderte sind schon
gebetit.

Feinschmeckende Caffees
Gemahl. Zucker,
4 1/2 und 4 3/4 Sgr.
Große Mandeln,
Neue Rosinen und Co-
rinthen,
Italienische Macaronis
5 1/2 Sgr.
Feinstes Speise-Öel,
Gardinen,
per Büchse 7 1/2 und 9 Sgr.
Frische Preßhese
empfiehlt
Isidor Appel,
Bergstraße.

על פסה
Frische Butter und Backobst bei
M. Briske Wwe.

Beste Prima Prima Mahe,
Wie alljährlich **S. Bamberg** hat se,
Auch Sekunda-Waare recht sehr preiswerth
für Alle die Bedarf, in der Welt begehrt.
S. Bamberg,
Lager: Leichstraße Nr. 6,
Bestellungen: Sapiehaplatz Nr. 7 und
Breslauerstr. Nr. 21.

Täglich frische Pfundbärne ist aus mei-
ner Dampf-Kornbrennerei und Hefenfabrik, à
Pfund 5 1/2 Sgr., zu haben. Wiederverkäufern
Rabatt. Aufträge nach außerhalb werden ge-
gen Einsendung des Betrages sofort ausgeführt.
Pauline Boeck,
Pyriz, Heiliggeiststr. 18

על פסה
Oesterliche frische Butter, en gros und
en detail Backobst, Honig u Fett offerirt
Samuel Neufeld,
Bronterstraße 4.

Ein mit der Fabrikation von
Stachem Essigsprit
und der Destillation
ganz vertrauter Techniker empfiehlt sich zur
Einrichtung (sowohl persönlich wie auch schriftl.
Anwsg.) von Essig-Fabriken, unter Garantie.
Reflektanten belieben ihre Adresse sub **M. S.**
12. der Annoncen-Expedition von
Sachse & Co. in Breslau zu über-
senden. Auch würde derselbe nicht abgeneigt
sein, sich mit Jemandem, der genügende Mit-
tel besitzt, zu associiren.

Serings-Offerte.
Eine größere Partie
gesunden billigen
Sering
von 4 Thlr. pro Tonne an offerirt
Carl Stephan.
Stettin.

Frische große
Seehechte
empfangen
W. F. Meyer & Co.
Wilhelmplatz Nr. 2.

La Isabella
empfehle als eine ausgezeichnete **Manilla**
Savanna-Cigarre, dieselbe ist schon weit
von Brand und Qualität à Mille 14 1/2
Thlr., à 100 St. 1 Thlr. 15 Sgr.
Leipzig. **Friedrich Hahne,**
Königsplatz.

Beachtenswerthe Anzeige!
Dem Hauptloose-Debit des bekann-
ten Hauses **S. Steindecker & Co.** in
Hamburg wurde wiederum eine große
Anzahl Haupttreffer zu Theil.
Nun steht eine große **Capitalien-Ver-**
loosung nahe bevor und werden hierzu
die **Original-Staatsloose** à Thlr. 2,
Thlr. 1 und 1/2 Sgr. von diesem Hause
im heutigen Blatte bestens empfohlen.

Original-Staats-Loose
sind überall zu kaufen und zu spielen erlaubt.
Man biete dem Glücke die Hand!
250,000
als höchsten Gewinn bietet die neueste grosse Geld-Verloosung, welche von der
hohen Regierung genehmigt und garantirt ist.
Es werden nur Gewinne gezogen und zwar plangemäss kommen in wenigen
Monaten **28,900 Gewinne** zur sicheren Entscheidung, darunter befin-
den sich die Haupttreffer von **250,000, 150,000, 100,000, 50,000, 40,000,**
30,000, 25,000, 2 mal 20,000, 3 mal 15,000, 4 mal 12,000, 4 mal 10,000,
5 mal 8000, 7 mal 6000, 21 mal 5000, 35 mal 3000, 126 mal 2000, 205
mal 1000, 255 mal 500, 350 mal 200, 13,200 mal 110 etc.
Die nächste Gewinnziehung dieser grossen vom Staate garantirten Geld-
Verloosung ist amtlich festgestellt und findet
schon am 20. April 1870 statt
und kostet hierzu
1 ganzes Original-Staats-Loos nur Thlr. 2, — Sgr.
1 halbes " " " " " 1, — "
1 viertel " " " " " —, 15 "
gegen Einsendung, Posteinzahlung oder Nachnahme des Betrages.
Alle Aufträge werden sofort mit der grössten Sorgfalt ausgeführt und er-
hält Jedermann von uns die Original-Staats-Loose selbst in Händen.
Den Bestellungen werden die erforderlichen amtlichen Pläne gratis beige-
fügt und nach jeder Ziehung senden wir unsern Interessenten unaufgefordert
amtliche Listen.
Die Auszahlung der Gewinne erfolgt stets prompt und kann durch directe
Zusendungen oder auf Verlangen der Interessenten durch unsere Verbindungen
an allen grösseren Plätzen Deutschlands veranlasst werden.
Unser Debit ist stets vom Glücke begünstigt und hatten wir erst vor kurzem
wiederum unter vielen anderen bedeutenden Gewinnen 3 mal die ersten Haupt-
treffer in 3 Ziehungen laut officiellen Beweisen erlangt und unseren Inter-
essenten selbst ausbezahlt.
Voraussichtlich kann bei einem solchen auf der **solidesten Basis**
gegründeten Unternehmen überall auf eine sehr rege Btheiligung mit Bestimm-
theit gerechnet werden, man beliebe daher schon der **nahen Ziehung**
halber alle Aufträge **balddigt direct** zu richten an
S. Steindecker & Comp.,
Bank- und Wechsel-Geschäft in Hamburg.
Ein- und Verkauf aller Arten Staatsobligationen, Eisenbahn-Actien
und Anlehensloose.

Wer nichts wagt, gewinnt nichts!
Zu den am 20. I. M. beginnenden Haupt-Gewinn-Ziehungen der großen, von
der hohen Regierung genehmigten und garantirten Geldverloosung, wobei binnen wenigen
Monaten die Summen von **weit über vier Millionen** in Gewinnen von **250,000,**
200,000, 150,000, 100,000, 70,000 im glücklichen Fall gewonnen werden
müssen, verkaufe ich
amtlich ausgestellte Original-Staatsloose
zu **2 Thaler** das Ganze, **1 Thaler** das Halbe, **15 Groschen** das Viertel, gegen
Einsendung (Posteinzahlung) oder Nachnahme des Betrags.
Amtliche Pläne, die über alles Wissenswerthe Auskunft geben, sowie amtliche
Gewinnlisten nach jeder Ziehung pünktlich unentgeltlich. Gewinnelder stehen sofort
zu Diensten. Für die sichere Ausbezahlung der Gewinnelder leistet den
Besitzern der Loose der Staat Garantie! Zu dieser gewinnenreichen jede
(vom Publikum mit Recht verlangte) Sicherheit bietenden Gewinnverloosung ladet
höflichst ein
Siegmond Levy,
Staats-Effekten-Geschäft, Hamburg, Bleichen 31.

Rgl. Pr. Orig.-Lott.-Loose
verk. u. vers. auch geg. Postvorsch. 1/11, 1/21, 1/41
(Berl.) auch auf gedr. Antheil. 1/8 8 Thlr.,
1/16 4 Thlr., 1/32 2 Thlr. das älteste Lotterie-
Comptoir von **H. Schereck, Berlin,**
Breitestr. 10. — 3 Hauptgewinne fielen
bereits in mein Debit
Pr. Lott.-Loose, 1/11, 1/21, 1/41, 1/81, 1/161,
1/321, 1/641 am billig-
sten bei **Borchard, Berlin,** Kron-
enstrasse 55.

Original-Staats-Prämienloose
sind gefällig gestattet.
Neueste Geldverloosung.
Nur 2 Thaler
baar oder gegen Postanweisung kostet ein
Original-Staatsloos zu der am
20. April d. J. beginnenden großen
Geldverloosung, worin
Mehrere Millionen
in Treffern von **250,000, 200,000,**
150,000, 100,000, 80,000,
60,000, 50,000, 40,000, 30,000,
20,000, 15,000, 10,000, 8000,
6000, 5000, 4000, 3000, 2000,
1000 u. s. w. in der Kürze zur Entschel-
dung gelangen.
Ganze Originalloose 2 Thlr.
Halbe do. — 1 — 15 Sgr.
Viertel do. — — 15 Sgr.
Es werden nur Gewinne gezogen.
Die Auszahlung geschieht baar durch
Unterschiedneten in allen Städten Deutsch-
lands; Ziehungslisten, sowie Pläne wer-
den gratis ausgegeben. Aufträge auf
obige vom Staate garantirte Original-
Loose können zur Bequemlichkeit durch
Postanweisung gemacht werden, und wer-
den dieselben prompt und unter strenger
Diskretion ausgeführt. Man wende sich
balddigt an das mit der Ausgabe beauf-
tragte **Staats-Effekten-Geschäft**
von **J. Rosenberg,**
Hamburg.

Die Ziehung findet nicht früher
als am
20. April
statt und beziehen sich alle andern
Ankündigungen mit früherem Da-
tum nur auf diese Verloosung.
Ein fr. möbl. Zimmer ist an eine anst. ältere
Dame sogl. zu verm. Näb. Mühlenstr. 17. 2 Tr.
Berlinerstr. 17 ist im 3. Stock ein möbl.
Zimmer sogleich zu vermieten. Preis 4 Thaler.

Nach
Newyork
und
Australien
befördern wir Passagiere
zu ermässigten Preisen
pr. Post-Dampf- und Segel-
schiffe wöchentlich 3 Mal
England.

Morris & Co.,
Hamburg, Baumwall
obrigkeitlich concessionirte
Passagier-Expediten.
Respectable Leute, die die Agentur ab-
nehmen wollen, belieben sich an uns
wenden.
Morris & Co.,
Hamburg.

Stettin—Kopenhagen.
A. I. Dampfer „Stolz“ Capt. G. Ziem
Stettin jeden Sonnab-
mittags,
Kopenhagen jeden Mi-
wochmittags.
Passagegeld Cajüte 4 Thlr., Deck 2 Thlr.
Rud. Christ. Gribel
in Stettin.

Breitestr. 22 sind erste Etage zwei schön
zum Comtoir sich eignende Zimmer vom 10.
tober c. ab zu vermieten.
Näb. beim Wirth **M. Wassermann**

Markt 91 erste Etage sind 3 zusammen-
gehörige, seit Jahren als Geschäftslokale ver-
wendet, vom 1. Oktober ab zu vermieten.
Eine vorzüglich eingerichtete **Bäder-**
anstalt, nebst Baden, Wohnung und Zubehör ist sogl.
zu vermieten.
St. Martin Nr. 65
1. m. St zu verm. St. Adalb. 41/42 3 Tr.
Eine schöne geräumige Stube mit Möb-
l. ist zu verm. **Friedrichstr. 22, 3 Tr.**
Wilhelmstraße 13
ist vom 1. Oktober c. an das bis-
herige hiesige Geschäftslokale zu ver-
mieten.
Berlinerstr. im neubauten Hause ne-
ben der Paulkirche, 3 Tr. rechts, 2 zusammen-
gehende, gut möbl. Zimmer sofort zu verm.

Produkten-Börse.

Berlin, 2. April. Wind: NO. Barometer: 28. Thermometer: 50 +. Wetter: schön. Im Wesentlichen sind die Preise für Roggen heute unverändert geblieben. Der Absatz hat mäßigen Umfang auch nicht überschritten, da weder die Kaufkraft noch das Angebot sich zu entscheidendem Uebergewicht entwickelte.

Rüddel wenig verändert, loco 12 1/2 Rtl. Br., April-Mai 13 1/2 Rtl. Br. u. Ob., Sept.-Okt. 12 1/2 Rtl. Br. Spiritus wenig verändert, loco ohne Fass 15 1/2 Rtl. Br., pr. Frühjahr u. Mai-Juni 15 1/2 Rtl. Br. u. Ob., Juni-Juli 15 1/2 Rtl. Br., u. Ob., Juli-August 15 1/2 Rtl. Br. u. Ob., August-Sept. 16 1/2 Rtl. Br., u. Ob.

Table with 3 columns: Weizen, Roggen, Gerste. Rows include 'Weizen, weißer', 'Weizen, gelber', 'Roggen', 'Gerste', 'Hafer', 'Erbsen' with prices in Rtl. Br. and Sgr.

Telegraphische Börsenberichte. Wien, 2. April, Nachmittags 1 Uhr. Schönes Wetter. Weizen niedriger, starrer loco 6, 15, fremder loco 6, 7 1/2, pr. Mai 6, 8, pr. Juni 6, 8, pr. Juli 6, 8 1/2.

Breslau, 2. April, Nachmittags. Matt. Spiritus 8000 Kr. loco 14 1/2. Weizen pr. April 59. Roggen pr. April-Mai 42 1/2, pr. Juni-Juli 44 1/2, pr. Juli-August 45 Br. u. Ob.

Breslau, 2. April. In Folge der flauen Wiener Frühnotirungen war die Börse besonders für österreich. Kredit- und Lombarden in matter Haltung bei ca. 1 Proz. niedrigeren Kursen. Per ult. fix: Lombarden 127 1/2-127 3/4 bez., österr. Kredit 157 1/2-157 3/4 bez., Amerikaner 96 1/2 bez., Italiener 55 bez. u. Br.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse. Frankfurt a. M., 2. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Markt. Neue 5 Proz. Russen 83, Kansas 70 1/2, Rodford 70 1/2, Georgia 80 1/2, Peninsular 72 1/2, Süd-Dissouri 63.

Berlin, 2. April. Die Börse war auf auswärtige, besonders Wiener ungünstige Notirungen matt, besonders Lombarden, und die Kurse stellten sich vielfach niedriger; die Aufregung, welche durch den Rückgang der Lombarden und die schlechten auswärtigen Notirungen hervorgerufen war, lähmten auch das Geschäft, so daß eben nur Lombarden und Italiener und Türken in gutem Verkehr, Pfand- und Rentendriefe gefragt. Deutsche Fonds still. Ebenso österreichische; russische Effekten matter und im Ganzen stiller, nur Prämienanleihen und Eisenbahnen wurden zu herabgesetzten Preisen in großen Posten umgelegt.

Fonds- u. Aktienbörse.

Table of stock and bond prices. Columns include 'Preussische Fonds', 'Österreichische Fonds', 'Russische Fonds', 'Amerikanische Fonds', 'Eisenbahn-Aktien', 'Bank- und Kredit-Aktien'.

Wien, 3. April, Nachmittags. Privatverkehr. (Schluß) Kreditaktien 262, 20, Staatsbahn 394, 00, 1860er Loose 97, 30, 1864er Loose 120, 75, Galizier 239, 00, Lombarden 227, 70, Napoleons 9, 92. Schluß besser.

Table of stock prices in Vienna. Columns include 'Österreichische Aktien', 'Eisenbahn-Aktien', 'Bank- und Kredit-Aktien'.

Table of stock prices in Vienna. Columns include 'Eisenbahn-Aktien', 'Bank- und Kredit-Aktien', 'Eisenbahn-Aktien'.

27. Spiritus still, pr. April 20 1/2, pr. Mai 19 1/2, pr. Juni 18 1/2. Raffee fest. Sink geschäftslos. Petroleum still, Standa loco 15 1/2 Br., 15 Br., pr. April 14 1/2 Br., pr. August-Dezember 15. Sehr schönes Wetter.

Paris, 2. April, Abends 6 Uhr. Rüddel pr. April 121, 00, Hauffe, pr. Juli-August 109, 00, pr. Septbr.-Dezbr. 108, 00. Wehl fest, pr. April 55, 75, pr. Juli-August 57, 50, pr. Septbr.-Dezbr. 58. Spiritus pr. April 61, 75. - Wetter schön.

Antwerpen, 2. April, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Getreide-Markt. Weizen ruhig, Roggen flau. Petroleum-Markt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Lüne weiß loco 52 1/2, pr. April 52, pr. Mai 52 1/2, pr. September-Dezember 57 flau.

Wasserstand der Warthe. Posens, am 3. April 1870, Vormittags 8 Uhr, 7 Fuß 5 Zoll. 4. 7 11

Telegramm.

Wien, 4. April. Die Morgenblätter melden: Weil der Kaiser es ablehnte, die Landtage, deren Deputirte den Reichsrath verließen, aufzulösen, hat das gesammte Ministerium seine Demission eingereicht. Der gewesene Ackerbauminister, Graf Voeltz, ist mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut.

Paris, 3. April, Abends. (Wendebörse.) Kreditaktien 260, 70, Staatsbahn 395, 00, 1860er Loose 97, 00, 1864er Loose 120, 75, Galizier 239, 50, Lombarden 228, 00, Napoleons 9, 91 1/2. Blau, angeboten.

Table of stock prices in Paris. Columns include 'Kreditaktien', 'Staatsbahn', 'Lombarden', 'Napoleons', 'Galizier', 'Eisenbahn-Aktien'.

Table of stock prices in Paris. Columns include 'Eisenbahn-Aktien', 'Bank- und Kredit-Aktien', 'Eisenbahn-Aktien'.